

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— Mtl., bei Selbstabholung 5.50 Mtl. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— Mtl., für einen Monat 6.— Mtl. — Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Telefon für Kantor und Expedition: 2721 und 4508. — **Postfachkonto Nr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telefon 13693. — **Berlag in Leipzig:** Tauchaer Straße 19/21 — **Telefon** 4508

Insertionspreise: Die 7 gespaltene Kolonelle oder deren Raum 2.50 Mtl., bei Platzvorschrift 3.— Mtl.; Familiennachrichten, die 7 gespaltene Zeile 2.— Mtl. Reklame-Kolonelle 10.— Mtl. — **Telephon** für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluß der Inseraten-Annahme für die fällige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweigabteile und alle Postanstalten entgegen.

Die preußische Regierungskrise. Zentrum und Volkspartei fordern Verbreiterung der Koalition.

Berlin, 4. November. (Eigene Drahtmeldung.) Gestern nachmittag haben die preußischen Landtagsfraktionen ihre Fraktionsbesprechungen fort. Der Beschluß der Zentrumsfraktion hat folgenden Wortlaut:

„Die Zentrumsfraktion des Landtages hält sowohl die Einbeziehung der sozialdemokratischen Fraktion wie der Fraktion der Deutschen Volkspartei in die Regierung für die staatspolitische Notwendigkeit der Stunde.“

Die Deutsche Volkspartei hat folgenden Beschluß gefaßt:

„Die Fraktion beschließt, die große Koalition zu fordern.“

Die Sozialdemokraten lehnen, wie es heißt, einstweilen noch die breite Koalition ab. Das Berliner Tageblatt glaubt jedoch zu wissen, daß Präsident Ebert ebenso wie Sauerberg und andre sozialdemokratische Führer die Bildung eines Kabinetts der breiten Koalition von den Sozialdemokraten bis zur Volkspartei anstreben. Ein endgültiger Beschluß sei von den Mehrheitssozialisten noch nicht gefaßt worden. Der Vorwärts beschränkt sich auf die Mitteilung, daß die bürgerlichen Parteien fordern, daß die Sozialdemokraten ihren Widerstand gegen die breite Koalition aufheben.

Die Freiheit schreibt: „Man beachte die Abstufungen, die die Volkspartei fordert: die große Koalition, das Zentrum hält sie für die staatspolitische Notwendigkeit, die Demokraten lehnen sie ab, sind aber schließlich auch bereit, die Sozialdemokraten lehnen die Mitarbeit der Deutschen Volkspartei in der gegenwärtigen Situation ab. Das bedeutet, daß die große Koalition keine Aussicht hat, wenigstens nicht in der gegenwärtigen Situation. Die Hoffnungen der Volkspartei, die wahrscheinlich von den demokratischen Kabinettsführern geteilt wurde, auf dem Wege über Preußen auch im Reich an das Ziel ihrer Wünsche zu gelangen, ist also einstweilen zu Wasser geworden. Ein Provisorium würde im Reich wie in Preußen den Rechtsparteien Wasser auf die Mühle führen. Eine Regierung, die gleich bei ihrer Bildung den Wunsch nach der Verbreiterung der Basis nach rechts hin bekundet, verrät von vornherein Schwäche und gibt sich selbst auf, noch bevor sie sich an die Arbeit gemacht hat.“

Die Deutschnationalen suchen Führung mit den übrigen bürgerlichen Parteien und arbeiten auf ein rein bürgerliches Kabinett hin. Ihre Mitteilung über die Stellungnahme der Landtagsfraktion schließt mit den Worten: „Die preußische Landtagsfraktion der Deutschnationalen Volkspartei wird weiterhin alles Geeignete tun, um zu verhindern, daß zur Leitung der preußischen Staatsgeschäfte ein Sozialdemokrat berufen und damit das Ergebnis der letzten Landtagswahlen in das Gegenteil verkehrt wird.“

Erklärung der Landtagsfraktion unserer Partei.

Die Fraktion der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei des preußischen Landtages hat zur Regierungskrise in Preußen Stellung genommen und erklärt:

Die bisherige Regierung und der Landtag haben sich als unfähig erwiesen, die politischen, sozialen und kulturellen Probleme der Nachkriegszeit im Sinne einer den Interessen der erwerbstätigen Bevölkerung entsprechenden Politik zu lösen. Während Regierung und Landtag auf ihren eigentlichen Arbeitsgebieten vollständig versagten, haben sie einer einheitlichen Reichspolitik erschwernend im Wege gestanden und sie wiederholt zu durchkreuzen versucht. Dabei traten die reaktionären Tendenzen des alten preußischen Obrigkeits- und Polizeistaats auf allen Gebieten der Verwaltung immer härter in den Vordergrund.

Eine grundlegende Aenderung ist erst dann zu erwarten, wenn die deutsche Einheitsrepublik geschaffen ist, die Regierungen der Einzelländer verschwunden sind und das Reich, gestützt auf die Verwaltungsbereiche nach wirtschaftlich-geographischen Gesichtspunkten unter Wahrung der vollen Selbstverwaltung, einheitlich geleitet wird.

Die Bildung einer rein sozialistischen Regierung ist das Ziel der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei. Parlamentarische Schachergeschäfte um Ministerposten bringen das Land diesem Ziel nicht näher. Die Vorbedingung für eine solche Regierung kann nur außerhalb des Parlaments geschaffen werden, durch den entschlossenen Willen aller Kopf- und Handarbeiter, durch die Schaffung einer einheitlichen Kampffront des gesamten Proletariats gegen die gemeinsame Front der Bourgeoisie.

Im Hinblick auf eine künftige rein sozialistische Regierung muß die Unabhängige Sozialdemokratische Partei ihre Stellung zur Neubildung des Ministeriums und zum neuen Ministerium zu wählen, daß dieses Ziel nähererzählt werde und nichts gescheit, was seine Erreichung erschweren könnte. An das kommende Ministerium stellt die Unabhängige Sozialdemokratische Partei folgende Mindestforderungen:

1. Demokratisierung der inneren Verwaltung. Wirksamer Schutz der Republik durch Schaffung eines Geheges, wonach Beamte und Angestellte zu entlassen sind, die im öffentlichen Dienst monarchistische Auffassungen vertreten, auf Personen, die ihnen ähnlich unterstellt sind, im Sinne monarchistischer Auf-

fassungen einwirken oder kraft ihres Amtes die ihnen zugänglichen Einrichtungen in den Dienst monarchistischer Bestrebungen stellen.

2. Schnellste Vorlegung einer freiheitlichen Gemeindeverfassung.

3. Kommunalisierung des gesamten Polizeiwesens. Auflösung aller privaten Vereinigungen mit militärischem Charakter. Strengstes Verbot, für berartige Organisationen zu werden, insbesondere Auflösung der Arbeitsgemeinschaften ehemaliger Freikorps oder Regimentsangehöriger.

4. Ersetzung des menschenverachtenden Strafvollzugs durch ein humanes menschenhaltendes System des Strafvollzugs.

5. Entschlossene Fortführung der Umwandlung unseres Schulwesens zur Einheitschule. Inangriffnahme der Reform der Lehrerbildung im Sinne des § 143 der Verfassung zur Herbeiführung der Einheitlichkeit des Lehrerberufs. Sicherung der religiösen Freiheit für Lehrer und Schüler in allen Schulen. Maßnahmen gegen den Mißbrauch unseres Schulwesens, einschließlich der Hochschulen, zu monarchistischen und antirepublikanischen Zwecken.

6. Einstellung aller Zahlungen an religiöse Gemeinschaften aus Staatsmitteln.

7. Entschuldigungsloske Enteignung der Vermögen der Hohenzollern zugunsten der Allgemeinheit.

8. Energetische Maßnahmen gegen den Raubbau in der Forstwirtschaft. Selbstbewirtschaftung der Domänen und deren Ausgestaltung zu landwirtschaftlichen Musterplätzen.

9. Wirksamer Ausbau der gesamten Wohlfahrtspflege, insbesondere Kampf gegen Volkskrankheiten. Durchgreifende Hilfe für die Arbeitslosen, Kranken, Invaliden, Witwen und Waisen. Wirksame Förderung des Wohnungsbaues. Rückstandslose Bekämpfung des Wucher- und Schiebertums.

10. Sicherstellung des Existenzminimums der Arbeiter, Angestellten und Beamten unter Berücksichtigung der jeweiligen Lebensverhältnisse.

Die Fraktion der SPD. veröffentlicht gleichfalls eine Erklärung, in der sie sich für die Bildung einer rein sozialistischen Regierung ausspricht. Sie fragt die SPD. und die USPD., ob sie bereit seien, unter von ihnen angegebenen Bedingungen die Regierung in Preußen zu bilden, die sie parlamentarisch und außerparlamentarisch unterstützen würde.

Die USPD. hat jederzeit ihre Bereitschaft erklärt, an der Bildung einer rein sozialistischen Regierung teilzunehmen. Wenn aber die SPD. erklärt, eine sozialistische Regierung innen- und außenpolitisch unterstützen zu wollen, warum erklärt sie dann nicht die Bereitschaft, auch die letzten Konsequenzen zu ziehen?

Heilmann weiß Bescheid.

In seiner Korrespondenz höhnt Heilmann über die „Erweiterung“ der Koalition, ein Wort, das bis zum Erbrechen wiederholt worden sei. Er weist auf Neußerungen hin, die Hergt auf einer Tagung der Deutschnationalen in Gießen geäußert haben soll, in denen dieser erklärte: die kommende große Partei der Rechten werde zusammen mit der Deutschen Volkspartei, dem Zentrum und der Demokratie, ja selbst mit den „guten Kräften“ der Sozialdemokratie gebildet werden. Herr Hergt bereitet demzufolge eine neue Spaltung in der Sozialdemokratie vor, indem er die „guten“ von den „schlechten“ Elementen trennt. Heilmann schreibt dazu:

„Wir können es Herrn Hergt nicht verdenken, daß er unbedingt die „guten“ Sozialdemokraten in seiner Koalition mit dabei haben will. Er braucht ein paar Vogelschützen. Auch für den Fall von Unruhen wäre ihm ein Sozialdemokrat als Innenminister ganz angenehm. Die „bösen“ Sozialdemokraten sind umgekehrt der Ansicht, daß ein Sozialdemokrat als Bekämpfer von Unruhen verfaßter auf die Seite der Arbeiter wirkt als ein Bürgerlicher, zumal die Soldateska in der Polizei noch recht lebendig ist, wie soeben der preußische Untersuchungsausschuß gezeigt hat.“

Heilmann hat mit dieser seiner Charakterisierung nicht ganz unrecht, nur wäre zu wünschen gewesen, daß ihm diese Auffassung bereits früher gekommen wäre.

Das Arbeitsprogramm des Reichstages.

Berlin, 4. November. (Eigene Drahtmeldung.) Der Reichstag wird heute die erste Lesung der Steuervorlagen beginnen. Nach der Erklärung des Reichsfinanzministers wird die Sitzung abgebrochen werden, um den Parteien Gelegenheit zu geben, zu der Regierungserklärung Stellung zu nehmen. Die Aussprache wird vermutlich am Sonnabend beginnen. Es wird damit gerechnet, daß mit der ersten Lesung der Steuervorlagen und anderen Arbeiten der Reichstag bis zu Ende der nächsten Woche beschäftigt sein wird. Dann wird voraussichtlich eine Pause eintreten, um den Steueraussschüssen freie Zeit für die Bearbeitung der Steuervorlagen zu geben, wofür mit einer Zeit von wenigstens 4 bis 5 Wochen gerechnet wird, so daß die zweite Lesung der Steuervorlagen im November wahrscheinlich erst im Januar vorgenommen werden kann.

USPD. und die Regierung Wirth. Von Artur Crispian.

Als die erste Regierung Wirth durch die Demokraten und die reaktionären Zentrumsleute gesprengt war, begann wieder eine Zeit der Ratlosigkeit. Wieder war der Reichstag ausgeschaltet. Wieder wurde in allerlei Konventikeln versucht, eine neue Regierung zustande zu bringen. Wieder kam in der letzten Stunde eine neue Regierung, die zweite Regierung Wirth, zustande. Gründlicher, als es die bürgerlichen Demokraten getan haben, kann der erbitterteste Feind der bürgerlichen Demokratie die bürgerliche Demokratie nicht bloßstellen.

Die zweite Regierung Wirth nennt sich und läßt sich nennen: ein Kabinett der Persönlichkeiten. Das ist törichtes Gerede. Die Kämpfe in einem Klassenstaat spielen sich nicht zwischen Personen ab und die Klassengegensätze können auch nicht von „Persönlichkeiten“ beseitigt werden, sondern es kämpft die Klasse der Bourgeoisie gegen die Klasse des Proletariats. Für einen Mann, der politisch ernst genommen werden will, kann es gar keinen Zweifel geben, daß in einem Klassenstaat wie Deutschland, ein Kabinett von Persönlichkeiten, das, über allen Klassengegensätzen und Parteien schwebend, die Interessen des „Volksganzen“ wahrnehmen will, nicht denkbar ist.

Wie steht nun die Unabhängige Sozialdemokratie zur zweiten Regierung Wirth?

Die Unabhängige Sozialdemokratie hat in ihrem Brief an die Rechtssozialisten vom 1. Oktober 1921 erklärt, eine Politik zu unterstützen, welche die Verwirklichung der nachstehenden Mindestforderungen zum Ziel hat:

1. Herstellung des Gleichgewichts im Staatshaushalt und Sicherung der auswärtigen Zahlungsverpflichtungen durch ausreichende Heranziehung des Vermögens, insbesondere auf dem Wege der Erfassung der Goldwerte.
2. Wirksame Maßnahmen zum Schutze der Republik und zur Bekämpfung der monarchistischen Reaktion, namentlich:
 - grundlegende Justizreform durch Übertragung der Rechtsprechung in Strafsachen auf Geschworenengerichte; Wahl der Geschworenen durch das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht nach dem Grundsatze der Verhältniswahl;
 - gesetzliche Maßnahmen, die die Entfernung von Beamten, im öffentlichen Dienst Angestellten und Angehörigen der Wehrmacht aus dem Staatsdienst ermöglichen, die monarchistische Auffassungen öffentlich vertreten oder in oder bei Ausübung ihres Amtes bekunden.
3. Fortführung der Sozialpolitik.
4. Sozialisierung des Bergbaues.
5. Eine auswärtige Politik der Verständigung und des Wiederaufbaues, aufrichtiges Streben, die Verpflichtungen des Ultimatus zu erfüllen.

Wird Wirth diese bescheidenen Forderungen in sein Regierungsprogramm aufnehmen? Die Unabhängige Sozialdemokratie erwartet von der zweiten Regierung Wirth Taten. Die Regierung kann unmöglich länger ausweichen. Sie muß jetzt Farbe bekennen. Die erste politische Handlung der Regierung, die formale Rechtsverwahrung gegen den Entschluß über Ober Schlesien, war ein bedauerlicher Mißfall in die Methoden der Regierung Fehrenbach-Simons.

Betrachten wir einzelne Persönlichkeiten des Kabinetts der Persönlichkeiten.

Da ist der Reichswehrminister Gessler. Ein politisch schwächlicher Mensch, ein geistiges Werkzeug der monarchistisch geführten Reichswehr. Darum stellt sich die Führung der Reichswehr auch mit gezücktem Schwert schützend vor ihn. Gessler, dessen monarchistische Knechtseligkeit soweit geht, die Beteiligung von Reichswehrsoldaten an monarchistischen demonstrierenden Begrüßungsfeierlichkeiten zu dulden. Da ist der Ernährungsminister Hermes. Ein getreuer Diener der Agrarier. Seine Ernährungs politik hat zur unerhörten Verteuerung aller Lebensmittel und zur unzulänglichen Versorgung der Arbeiter geführt. Dafür konnten die Agrarier Milliarden an Extraprofiten einheimen. Herr Hermes ist nun auch Finanzminister geworden und wir zweifeln nicht daran, daß er bestrebt sein wird, auch die Großkapitalisten zu schonen und ihnen Extraprofite zu ermöglichen. Alles um der ausgleichenden demokratischen Gerechtigkeit willen, denn was den Agrariern recht war, muß doch den Großkapitalisten billig sein. Der neue Justizminister, der Rechtssozialist Adbruch, steht vor einer Aufgabe, die er als Persönlichkeit gar nicht lösen kann, selbst wenn er ein politischer Herkules wäre. Die Klassenjustiz in Deutschland kann von einem Reichsjustizminister, vorausgesetzt daß er dazu fest entschlossen ist, nur überwunden werden unter dem stärksten Druck des klassenbewußten Proletariats unter Anwendung parlamentarischer und außerparlamentarischer Mittel.

Die Verordnung des Reichspräsidenten gegen die Monarchisten ist völlig bedeutungslos. Herr Verheuland hat

Rahrs Erbschaft übernommen und seinen festen Willen bekundet, die Politik Rahre fortzuführen. Graf Westarp forderte in Karlsruhe die offene Wiederaufrichtung des Militarismus nach Krieg nach innen und außen. Der Herr Graf will ein Ländchen wagen! Wird die Regierung Wirth ihm aufspielen? Die monarchistischen Rutschisten denken nicht daran, ihre Vernichtungspläne gegen die Republik aufzugeben. Wird die Regierung Wirth das Gesetz zum Schutze der Republik, das die Unabhängigen Sozialdemokraten längst im Reichstag eingebracht haben, durchsetzen?

Wie steht es mit der Erfassung der Goldwerte? Wird die Regierung die Widerstände der Großgrundbesitzer, der Schwerindustriellen und Finanzkapitalisten niederrücken, ja überhaupt niederrücken wollen?

Der Reichstag trat gestern zusammen. Die Regierung wird zu allen politischen Fragen klar Stellung nehmen müssen. Die Unabhängige Sozialdemokratie kann im Interesse der Arbeiterklasse nicht darauf verzichten, von der Regierung die Durchführung der veranlagten Rindestforderungen zu verlangen, jener Forderungen, die sogar von den Rechtssozialisten als so beschiden hingestellt wurden, daß selbst Zentrum und Demokraten nichts gegen sie haben könnten.

Die Arbeiterklasse darf sich keinen Illusionen über die Fruchtbarkeit der kapitalistisch-rechtssozialistischen Koalitionspolitik hingeben. Die Arbeiter müssen eifriger und energischer denn je an der Lösung aller proletarischen Schicksalen aus der kapitalistisch-rechtssozialistischen Koalition arbeiten, um zur selbstbewußten Geschlossenheit des Proletariats zu gelangen: zum Kampf um die Eroberung der Macht durch das Proletariat.

Ausfall.

Berlin, 3. November.

Die heutige Sitzung bildet den Auftakt zu den großen Steuerdebatten, die in der morgigen Sitzung durch eine Rede des neuen Reichsfinanzministers Herxms eingeleitet, am kommenden Montag und Dienstag stattfinden sollen. Heute handelte es sich um einen Antrag unserer Fraktion, der die schleunige Abänderung der Lohnbeschlagsnahmeverordnung und schleunige Bezahlung der Einkommensteuern derjenigen Schuldner fordert, die bis jetzt noch keine Einkommensteuer gezahlt haben. Verbunden mit diesem Antrag wurde ein Antrag Gotheins, der die Verzögerung der Steuerveranlagung und Erhebung der Reichseinkommensteuer betrifft. Unser Fraktionsordner, Genosse Herx, begründete den Antrag und forderte die schleunige Durchführung der darin enthaltenen Forderungen. Die Rückzahlung der zuviel gezahlten Steuern an die Lohn- und Gehaltsempfänger müsse schleunigst erfolgen, da sich viele von ihnen in Not befinden. Der Regierungsvorsteher erklärte die Kritik als berechtigt an, wandle aber doch ein, daß eine Anzahl technischer Schwierigkeiten die Rückzahlung bis jetzt verhindert hätten.

Eine neue Taktik bei den Steuerdebatten scheinen die Deutschnationalen anwenden zu wollen, wie die Rede Helfferichs bewies. Helfferich erklärte ausdrücklich, daß er im großen und ganzen mit den Ausführungen von Herx einverstanden sei, nur hat ihm dessen Hinweis nicht gefallen, daß bis jetzt nur Arbeiter, Angestellte und Beamte Einkommensteuer bezahlen, die Bestehenden dagegen nichts. Dies, so meinte Helfferich, werde fortgesetzt parteipolitisch gegen die Bestehenden ausgeübt, obwohl darum die verfehlte Steuererhebung und Steuereinzahlung, nicht aber die Bestehenden schuld seien. Wenn man Helfferich ablauben soll, so können die Bestehenden Tag und Nacht darauf, wie sie ihre Steuern zahlen können. Helfferich ließ natürlich auch die Gelegenheit nicht vorübergehen, um scharfe Kritik an der neuen Steuererhebung und -verwaltung überhaupt zu üben; er meinte, es gebe in Deutschland keinen einzigen Menschen, die Steuerbeamten eingeschlossen, der sich in der Steuererhebung völlig auskenne. Da jetzt fünfzehn neue Steuervorlagen vorliegen, so kann er seine so nachdrücklich betonten Forderungen nach Klarheit und Uebersichtlichkeit der Steuererhebung vorwirklichen, oder wenigstens verwirklichen helfen.

Auch Gothein schob alle Schuld auf die Steuererhebung und -verwaltung, daß die Bestehenden ihre Steuern bis jetzt nicht eingeworfen sind. Das Merkwürdige bei der Sache ist nur, daß Gothein mit seinen Freunden und Wadgenossen die Steuererhebung und die neue Verwaltung selbst erst geschaffen haben, die er jetzt so in Grund und Boden hinein verurteilt.

Auch die Redner der andern Parteien, der Deutschen Volkspartei, des Zentrums und der Rechtssozialdemokratie erkannten die Kritik von Herx und die Berechtigung unseres Antrags an; er wurde dann mit dem Gotheinschen Antrag zusammen der Steuerkommission zur Weiterberatung überwiesen.

Die Besprechung der Anträge und Interpellationen unserer und rechtssozialistischen Fraktion über Kartoffelnot, Erhöhung der Wehrkraft und des offenen bedrückten Warenwunders wurden auf eine spätere Sitzung verlagert, wo die Regierung zur Beantwortung bereit ist.

Nur das Gesetz über die Erhöhung der Börsenumlaufssteuer, das erst durch einen Antrag unserer Fraktion veranlaßt wurde, wurde in allen drei Lesungen heute verabschiedet.

Die Mark fällt, die Gewinne steigen.

Ein Dollar = 213 Mark.

Der Dollar wurde gestern an der Börse zu Berlin offiziell mit 205 notiert. Die Schlusskurse im Fremdenverkehr gingen gar auf 213 hinauf, so daß wir nunmehr selbst den Höchststand von vor einigen Wochen überschritten haben. Diesmal ist der Kurs nicht sprunghaft, sondern ganz allmählich in die Höhe geklettert. Es zeigt sich damit, daß nicht lediglich die Spekulation ihre Hand im Spiele hat, sondern daß darin die sich immer weiter verschlechternde Wirtschaftslage in Deutschland, insbesondere aber die Sabotage der Bestehenden in der Kreditaktion, ihre Widerspiegelung findet. Mit dem Steigen des Dollars, mit der Entwertung unserer Valuta, steigen automatisch die Preise. Die Arbeiterklasse, deren Löhne sich nur allmählich diesen veränderten Preisverhältnissen anpassen vermögen, wird erdrückt durch die Gestalt der Preisverhältnisse, für deren Erhöhung unsere inländischen Agrarier noch ganz besonders Sorge tragen. Dieser Zustand wäre noch zu ertragen wenn die Kosten der Preissteigerung zu gleicher Zeit alle Klassen des Volkes entsprechend treffen würde. Im Gegenteil aber können wir beobachten, daß gleichzeitig mit dem Sinken der Mark die Gewinne der Kapitalisten ganz ungeheuerlich steigen. Vor wenigen

Tagen wurde der Jahresabschluss der bekannten Mannesmann-Nährenwerke veröffentlicht.

Der Rohgewinn dieses Unternehmens ist gegenüber dem vergangenen Jahre um mehr als das Doppelte gestiegen. Er betrug 1920 104, in diesem Jahre aber 221 Millionen Mark. Aus dem Reingewinn verteilt die Gesellschaft auf das 80 Millionen Mark betragende Aktienkapital eine Dividende von 30 Prozent (im Vorjahre 20 Prozent), was einem Betrage von 24,8 Millionen Mark entspricht. Wohin ist nun der übrige Gewinn geflossen? Nicht weniger als 100 Millionen Mark werden zu Rücklagen verwendet. Aber außer diesen 100 Millionen Mark kommen noch weitere 180 Millionen Mark zur Rücklage, welche den Erlös aus dem im Saargebiet abgetretenen Teil des Unternehmens darstellen. Bedenkt man, daß dieser Erlös allein das Zweifelhafte des gesamten Aktienkapitals der Mannesmann-Nährenwerke darstellt, so erweist sich die Abtretung nebenbei bemerkt als ein außerordentlich lukratives Geschäft.

Bei diesem Abschluß — und es könnten Dutzende derartiger Abschlässe als Beweis beigebracht werden — ist nichts zu verspüren von der Not, in die die Valutawirtschaften die Arbeiterschaft gebracht haben. Die Gewinne der Kapitalisten steigen um so mehr, je mehr die Mark fällt, so daß letzten Endes immer wieder die Klasse der Arbeiter der Leidtragende ist, wenn die Schraube der sinkenden Valuta und damit der steigenden Preise erneut in Bewegung gesetzt wird.

In den letzten Wochen haben sich an den Börsen geradezu fabelhafte Zustände entwickelt. Ein wahrhafter Taumel hat die gesamte bestehende Klasse ergriffen, um die gesunkenen Geldwerte in Sachwerte umzuwandeln. Die überaus starke Nachfrage nach diesen Sachwerten hat eine bisher nicht dagewesene Steigerung fast sämtlicher an den Börsen gehandelten Aktienpapieren mit sich gebracht. Eine anschauliche Uebersicht über die Kuroentwicklung bietet folgende, der Frankfurter Zeitung entnommene Uebersicht. Es wurden notiert an der Frankfurter Börse:

Chemikalien-Aktien:			
Rudwigshafen	517	720	1100
Höchst	419	750	1030
Elberfeld	445	708	1000
Holzperle	690	1000	1300
Scheidewahl	857	1500	1800
Griseheim	420	710	1000
Elektro-Aktien:			
Siemens u. Halske	462	725	1150
Bergmann	403	—	1120
Schuckert	583	630	980
Freiten und Guilleaume	580	1010	1130
A. G. G.	406	650	1100
Montanwerte:			
Deutsche Zugschlepper	510	805	1300
Gellertstr.	519	800	1200
Harpen	740	1100	1500
Thöniß	777	1090	1500
Laura	465	630	1425
Verschiedene:			
Kleber	378	605	1050
Waldhof	536	800	1090
Deutsche Bank	346	515	720
Deutsche Vereinsbank	107	198	450

Wir finden also eine Steigerung von durchschnittlich weniger als hundert Prozent im Zeitraum eines Monats. Die Frankfurter Zeitung charakterisiert die Vorgänge an der Börse außerordentlich treffend, indem sie schreibt:

„Mangel an Ware — Ueberschuß an Geld: so kann man die heutige Lage auf allen Märkten kennzeichnen; auf den Effektenmärkten läßt sich das besonders deutlich beobachten. Eine nie erlebte, unübersehbare Flut von Kaufaufträgen strömte an den letzten Börsentagen auf sie ein und bewirkte Kursprügel, bei denen man schon an die Wiener Katastrophenhäuser erinnern muß, wenn man einen richtigen Vergleich haben will. Gewiß, diese überhitzten Ausartungen sind höchst unerfreulich, aber sie wurzeln in der heillosen Fährtenlosigkeit und werden sich nicht wirksam bekämpfen lassen, solange die Ferkeln weiter forschreiten. Kennzeichnend für das Börsengeschäft der jüngst vergangenen Zeit ist in erster Linie, daß die Marktlage nun der seitende, fast alles dominierende Gesichtspunkt ist. Also vornehmster Grundhalt: e tout prix — von der Mark fort und in die Sachwerte hinein!“

Also hinein in die Sachwerte, das ist die gegenwärtige Parole aller Bestehenden. Sie stürzen vor dem Schicksal der deutschen Mark und damit aus der Schicksalsgemeinschaft des gesamten deutschen Volkes. Wenn aber die bestehende Klasse den Sachwerten eine so ungeheure Bedeutung beimißt, dann muß das für die Arbeiterpartei ein erneuter Ansporn sein, die Sachwerte auch entsprechend zur Besteuerung heranzuziehen. Wenn es noch einen Ausweg gibt, aus dem Finanzchaos unserer Tage herauszukommen, dann nur eine Möglichkeit: die von den Bestehenden Klassen so begehrten Sachwerte einer entsprechenden Besteuerung zu unterziehen, um dadurch unsere Finanz- und Wirtschaftsverhältnisse zu festigen.

Weiteres Anzeichen auf 219 Mark.

Wie weiterhin gemeldet wird, erreichte der Stand des Dollars im Verkehr der gestrigen Nachabendbörsen die Rekordhöhe von 219 Mark.

Die Sabotage der Bestehenden.

Seit Wochen nunmehr geht der Schacher um die Kredithilfe der deutschen Industriellen. Am Vorabend von Wörlitz wurde behauptet, die Industriellen seien bereit, dem Deutschen Reich Kredit zu verschaffen. Der Zweck dieser Meldung war nur allzu leicht zu durchschauen. Seitdem sind die Kreditpläne aus dem Stadium der Verhandlungen nicht herausgekommen. Die Industriellen benutzen vielmehr ihr Angebot dazu, politische Geschäfte zu machen. Ihre Kreditpläne sollen das Sprungbrett bilden, um die breite Koalition in der Reichsregierung und auch in Preußen herbeizuführen. Zwar ist allerlei von bevorstehenden Abschlüssen mit ausländischen Industriellen und Kongressen berichtet worden, bis heute aber liegen keinerlei positive Nachrichten vor, lediglich eine englische Finanzgruppe habe ein „Angebot“ von 25 Millionen Pfund gemacht.

Am 15. Januar 1922 ist die nächste Reparationsrate fällig. Es ist gänzlich ausgeschlossen, daß die erforderliche Summe von 500 Millionen Goldmark auf dem bisher üblichen Wege, dem Ankauf von Devisen, gedeckt werden kann. Der Teilstand unserer Valuta deckt das ganz von selbst. Diese Schwierigkeiten des Reiches suchen die bestehenden Klassen entsprechend auszunutzen, um politische Münze daraus zu schlagen. Sie sind zwar schnell dabei, alle die Valuta- und Spekulationsgewinne bedenkenlos einzukaufen, fühlen sich aber in keiner Weise verpflichtet aus den Uebergewinnen auch nur einen Teil zur Deckung der Finanzlasten des Staates beizutragen. Natürlich sind es die Agrarier, die in allen Geld- und Steuerfragen die Führung übernehmen. Zwar sind sie seit Monaten bereits bestrebt, die Preise für Agrarprodukte dem gegenwärtigen Stande des Dollar anzupassen. Sie lassen kein Mittel unversucht, um ihre Klassen zu

flößen. Es ist nicht ohne Interesse, zu erfahren, daß erst in diesen Tagen die Geschäftsbücher der Deutsch-Polnischen Bank, einer deutsch-nationalen Gründung, von der Berliner Staatsanwaltschaft beschlagnahmt wurden, da sie im dringenden Verbaute des Kleinhandels und der Preistreibeerei steht.

Die Deutschnationalen machen alles möglich, um die Kreditpläne der Industriellen zu hinterziehen. Bringt es doch die Deutsche Zeitung fertig, in einem Artikel zu behaupten, es sei gar nicht einmal wahr, daß die deutschen Industriellen das Kreditangebot gemacht hätten, vielmehr seien es nur einige „Vereinsgrößen der Industrieverbände, die, gestützt auf ihre Stellung in den Verbänden, über die Köpfe der schaffenden Männer unseres Wirtschaftslebens hinweg sich als Sprachrohr der Industrie aufgespielt hätten“. Wie dem auch sei, fest steht jedenfalls die Tatsache, daß auch die Vereinsgrößen der deutschen Industrieverbände nicht allzuviel guten Willen zeigten, um dem deutschen Volke die zu seiner Weiterexistenz unbedingt erforderlichen Mittel zu verschaffen.

Konferenz sozialdemokratischer Parteien baltischer Staaten.

Am 17. und 18. Oktober fand in Riga eine Konferenz der sozialdemokratischen Parteien baltischer Staaten statt. Es beteiligten sich von der Sozialdemokratischen Finnlands-Partei: T. Tanner, W. Kolljoki, Koto, Dr. Kivimä, Parteisekretär Rainio, Professor Woiennan, Lauffanon, von der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Lettlands: J. Rainis, Dr. Paul Rainis, Parteivorstand H. Buhajewich, Dr. Fr. Wender, F. Jeeßen, Parteisekretär Bruno Rainis, E. Moritz, von der Sozialdemokratischen Lettlands-Partei: Wenzlauki, von der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Estlands: H. von Hebränschen Sozialdemokratischen Bund Lettlands: S. Rabinowitsch. Die halbkommunistischen „unabhängigen“ Sozialisten Estlands und die Regierungsozialisten Lettlands waren nicht zur Konferenz eingeladen. Die Konferenz war einberufen von der Sozialdemokratischen Lettlands, im Einverständnis mit dem Sekretariat der Wiener Internationalen Arbeitergemeinschaft Sozialistischer Parteien.

Nach einer Begrüßungsrede durch die Sozialdemokratie Lettlands, die der bekannte Arbeiterdichter J. Rainis hielt, wurden zu Vorsitzenden der Konferenz die Genossen T. Tanner (Finnland) und J. Rainis (Lettland) gewählt. Aus den Verhandlungen der Konferenz ist die folgende Resolution zu bemerken, die zur Koordinierung der Tätigkeit der vier sozialistischen Parteien in Frage der ähneren Politik angenommen wurde:

„Die Delegationen der sozialdemokratischen Parteien Finnlands, Estlands, Lettlands und Litauens stellen fest, daß über die Fragen der auswärtigen Politik unter den genannten Parteien in folgenden Fragen Einigkeit besteht:

1. Die genannten Parteien sind in der Ansicht, daß eine wirtschaftliche, politische und kulturelle Annäherung zwischen Finnland, Lettland, Estland und Litauen dem Klasseninteresse des Proletariats dieser Länder entspricht und von den sozialdemokratischen Parteien dieser Länder angestrebt werden soll.

2. Sie sind der Meinung, daß die Politik der genannten Staaten nicht auf die wirtschaftliche Schwächung Russlands hinauslaufen darf, sondern eine Politik der Verständigung sein muß. Aus diesem Grunde verwerfen die genannten Parteien jede Politik, die mit ihrer Spitze gegen Russland gewendet wäre und in ihren Konsequenzen das Zustandekommen guter Verhältnisse unmöglich machen würde.

3. Die genannten Parteien werden endlich gegen geplante militärische Bündnisse ihrer Länder mit Polen aufstehen.“

Zur dritten These gab der estländische Delegierte folgende Erklärung ab:

„1. Die Frage des Verhältnisses zu Polen ist in unserer Partei nicht erörtert worden und wir haben in dieser Frage keine festgesetzte Meinung der Partei.

2. Ich erachte es für unmöglich, die Frage für oder wider Teilnahme Polens an zukünftigen Vereinbarungen und Konventionen im voraus zu entscheiden.“

Nationalistische Mache.

Schwindelnachrichten über Oberschlesien.

Dresden, 3. November. (D.N.) Großen Unfug nennt eine ober-schlesische Zeitung die durch die deutsche Presse gegangene Nachricht von der Einberufung aller dienstpflichtigen polnischen Oberschlesier zur Fahne und von dem Eintreffen zahlreicher Halbesoldaten in Pech und Rühm. Kein einziger polnischer Oberschlesier hat eine Einberufungsorder erhalten und keine Spur von Halbesoldaten hat sich in Pech gezeigt. Ein besonders trauriges Kapitel für sich ist, wie der Berichterstatter der Dena schreibt, die Berichterstattung über Oberschlesien in der deutschen Presse. Jede, auch die größte Sensationmeldung wird geäußert und abgedruckt. Ungehöriger Schaden wird dadurch für und in Oberschlesien angerichtet. Es steht sogar fest, daß bedeutende reichsdeutsche Blätter, darunter mehrere Berliner, einen ober-schlesischen Korrespondenten unterhalten haben, der wegen Hochverrats, vom Verband Oberschlesischer Presse ausgeschlossen und als Nachrichtenfälscher notorisch war.

Der Landtag für Polnisch-Oberschlesien.

Kattowitz, 3. November. (D.N.) Die sozialistische Gazeta Robotnicza teilt mit: Der erste schlesische Landtag soll nach dem Entfalle der allgemeinen unmittelbaren und geheimen Wahlrechtswahl gewählt werden. Auf 25 000 Einwohner entfällt ein Abgeordneter. Alle Bewohner Polnisch-Oberschlesiens ohne Unterschied der Nationalität können wählen. Die Wahlen finden spätestens am 30. Tage nach der Uebernahme des Gebiets statt. Oberschlesien wird etwa 40, Teschen-Schlesien 8 Abgeordnete entsenden.

Die Vertreter für die ober-schlesischen Verhandlungen.

Berlin, 4. November. (D.N.) (Amtlich.) Als Vertreter des Auswärtigen Amtes wird Graf Schauenburg an den ober-schlesischen Verhandlungen teilnehmen.

Warschau, 4. November. (D.N.) Der Ministerrat ernannte zu Mitgliedern der polnischen Delegation, die die Fragen der Ueberleitung der Polen zugewiesenen Gebiete Oberschlesiens in polnische Verwaltung zu beraten haben, außer dem Minister Plocinski die Abgeordneten Diamand, Sitarz und Senda sowie den Ingenieur Kefor.

Monarchisten und Republikaner in Ungarn.

Ueber die gegenwärtige Situation in Ungarn berichtet die U.R.:

Die verfassungsmäßige Lage, die nach der Entthronung der Habsburger eintritt läßt sich dahin zusammenfassen, daß Ungarn ein Königtum ohne König ist. Es ist klar, daß damit der eigentliche Kampf um den ungarischen Thron erst recht beginnt, da zweifellos eine ganze Anzahl Anwärter sich um die Stephanskrone bewerben werden. Vorläufig steht noch nicht fest, ob die Wahl des neuen Königs durch das Parlament oder direkt durch Volksabstimmung erfolgen wird. Nicht der Legitimisten scheint es zu sein, entweder Kray oder die gleichfalls als Thronkandidaten auftretenden habsburgischen Erzherzöge Joseph bzw. Albrecht nunmehr durch eine Wahl auf den Königsthron zu erheben. Man rechnet in diesen Kreisen offenbar damit, daß die Entente einem Volkswortum die Zustimmung nicht verweigern würde. Die Partei der kleinen Bauern hat bisher keinen Thronkandi-

haben aufgestellt — eine Tatsache, die zu den mannigfachen Kombinationen über die Aspirationen ausländischer Prinzen geführt hat. Zweifellos befinden sich unter den Kleinen Landwirten zahlreiche Elemente, die überhaupt keinen König wünschen und bisher nur aus Opportunitätsgründen das Programm der freien Königswahl auf ihre Fahnen schrieben, während sie nun bald mit ihren republikanischen Zielen hervortreten dürften. Unentschieden sind bisher noch die ungarischen Demokraten, die aus Abneigung gegen das Horthy-Regime sich in die Arme des Legitimusismus gestürzt haben, bei denen aber neuerdings auch die republikanischen Tendenzen stärker hervortreten. Sollte die Entscheidung über den neuen König wirklich durch eine unbefristete Volksbefragung gefällt werden, so werden auch die im Parlament nicht vertretenen Anhänger des radikalen Bürgerlums und der ungarischen Sozialdemokratie in die Lage kommen, den Kampf um die Staatsform Ungarns entscheidend zu beeinflussen. Die Frage würde dann nicht lauten, wer König werden soll, sondern ob das Land überhaupt Königtum bleiben oder zur republikanischen Staatsform zurückkehren soll. Die Entwaffnungsforderung der Kleinen Entente könnte geeignet sein, den Ausdruck der militärischen Detachements von Ungarn zu nehmen, ohne dessen Wahlen eine unbefristete Volksabstimmung über die Staatsform allerdings unmöglich erschlut.

Die Haltung der Kleinen Entente.

Belgrad, 4. November. (U.) Blättermeldungen zufolge setzte ein am Donnerstag abgehaltener Ministerrat die Gegenantwort an die Völkervereinigung fest, worin der Beschluß der Völkervereinigung über den Thronverlust Erzherzog Karl sowie sämtlicher Habsburger zur Kenntnis genommen wurde. In der Gegenantwort werden hauptsächlich Garantien für Ungarns Abstellung und die Präzisionsstelle für die Kleine Entente in der Kontrollkommission verlangt.

Belgrad, 4. November. Dem Antrag der Tschcho-Slowakei entsprechend nahm die Regierung davon Abstand, die Mobilisierungserlaubnis in die an Ungarn zu stellenden Forderungen aufzunehmen. Man nimmt an, daß damit das letzte Hindernis für eine rasche Befreiung des Konflikts mit Ungarn beseitigt ist!

Mahnungen der Großen Entente.

Mailand, 3. November. (U.) Wie der Corriere della Sera meldet, unternahm der italienische Geschäftsträger in Belgrad bei der südslawischen Regierung einen neuen energischen Schritt, um jedes militärische Eingreifen Südslawens gegen Ungarn zu vermeiden. Teilsowitisch berief sofort den Ministerrat zusammen, um ihn von der Mitteilung des italienischen Gesandten zu unterrichten. Nach der Sitzung wurden Telegramme nach Bukarest und Prag geschickt. Durch einen gemeinsamen Schritt Englands, Frankreichs und Italiens wird zudem die Kleine Entente wohlwollend ermahnt, ohne Zustimmung der Alliierten keinerlei Schritte zu unternehmen, um die Sympathien der Großmächte nicht zu verpielen. Die ungarische Regierung habe selbst alles getan, damit Karl den ungarischen Thron nicht bestimme.

Portugals Bedingungen für die Aufnahme Karls.

Budapest, 3. November. (U.) Wie aus informierten Ententequellen verlautet, ist die Frage, wo Karl interniert werden soll, immer noch nicht entschieden. Die Verhandlungen der Entente mit der portugiesischen Regierung wegen der Internierung Karls in Madetra dauern an, haben aber noch nicht zu einem Abschluß geführt, da die portugiesische Regierung gewisse Bedingungen gestellt hat. So will sie jede Verantwortung für die Bewachung des Erzherzogs ablehnen und verlangt, daß er durch Ententeabteilungen bewacht werde. Außerdem stellt sie die Forderung, daß die Entente die ganzen Kosten und alle Unterhaltungskosten für die Internierung tragen solle. — Nach einer Meldung des Pariser Couriers sollen die Verhandlungen mit Portugal vor dem Abschluß stehen.

Habsburghoffnungen der Deutschnationalen.

München, 4. November. (Eigene Drahtmeldung.) Die deutschnationale München-Augsburger Abendpost, die in dem Habsburger Karl einen Exponenten französischer Volkstümlichkeit und deshalb antifaunistisch, aber nicht antihabsburgisch eingestuft ist, nimmt in ihrer gestrigen Abendausgabe Stellung zu dem mißlungenen Habsburger Putschversuch und widerspricht der Auffassung, daß der mißglückte Oedenburger Putsch die Verdrängung der Habsburger Frage überhaupt bedeute. Eine ausländische Thronkandidatur in Ungarn sei wenig wahrscheinlich, eher noch die des Reichserzherzogs Horthy. Die karistische Nebenlage in Ungarn mache vielmehr die legitimistische Propaganda in Oesterreich freier und es lasse sich für einen Habsburger, der keinen Sitzverzicht geschrieben habe, in Oesterreich leichter Stimmung machen, namentlich in der hohen Aristokratie und Finanz.

Hoffnung läßt nicht zu schanden werden. Aber die österreichischen Arbeiter werden alles dafür einsehen, daß die legitimistischen Zukunftsträume gründlich zerflattern werden.

Wechsel im Auswärtigen Amt.

Berlin, 4. November. (Eigene Drahtmeldung.) Die Mitteilung, daß der Ministerialrat Dr. Bohrenk von der Leitung der Darstellung des Auswärtigen Amtes entbunden worden und an seine Stelle der bisherige Referent für die russischen Angelegenheiten, Freiherr v. Malchahn, ernannt worden sei, begrüßt die Freiheit mit Genugtuung. Die Darstellung des Außenministeriums habe gerade in der letzten Zeit, nicht zum wenigsten bei der Behandlung der Probleme, die mit Oberschlesien im Zusammenhang stehen, in bedenklicher Weise versagt. Von Malchahn, der die russischen Dinge vernünftig und mit Geschick angepackt habe und der wohl eben deshalb nach Athen abgeschoben werden sollte, dürfe man sich größeres Verständnis für die Notwendigkeiten der deutschen Ostpolitik versprechen. Auch der bisherige Referent für Polen, Geheimrat Reffler, soll, wie die Freiheit schreibt, für einen andern Posten bestimmt werden.

Wenn diese Maßnahmen den Anfang einer umfassenden Reinigung des Auswärtigen Amtes bedeuten sollten, würden sie doppelt sympathisch sein.

Proteste gegen die Zerstörung der Deutschen Werke.

Wie die WTB aus Berlin berichtet wird, hat die sozialdemokratische Reichstagsfraktion eine Interpellation eingebracht, in der gefragt wird, was die Reichsregierung bisher getan hat und was weiter zu tun gedenkt, um den Forderungen der Entente nach Zerstörung der Deutschen Werke zu begegnen. Die Interpellation dürfte im Laufe der nächsten Woche auf die Tagesordnung kommen. Auch im Reichswirtschaftsrat wird heute die Angelegenheit der Deutschen Werke besprochen werden.

Die Arbeitgemeinschaft der Deutschen Werke Spandau nahm gestern in zwei großen Versammlungen zu den Zerstörungsforderungen der Entente Stellung. Es wurde mitgeteilt, daß voraus-

sichtlich in den nächsten Tagen eine Arbeiterkommission bei General Lotte vorzusprechen wird, um ihn über die Wahrheit und die Forderungen der Arbeiterschaft zu unterrichten. Sollten die Verhandlungen ohne Erfolg sein, dann lehnten die Arbeiter es ab, irgendwo an der Zerstörung der Werke mitzuhelfen. Keine Schraube solle von einer Maschine entfernt, kein Stein weggebracht, kein Hammer für die Entente gerührt werden. Sollten Arbeiter nach Spandau kommen, um für die Entente zu arbeiten, dann wolle man ihnen gründlich heimleuchten. Alle Arbeiter Deutschlands müßten in dieser Angelegenheit solidarisch sein.

Delegierte für die gemischte Oberschlesien-Kommission.

Berlin, 2. November. Zu Delegierten der gemischten Kommission für Oberschlesien sind Geheimrat Bunzel und Banddirektor Teusner aus Breslau (Schlesischer Bankverein) ernannt worden.

Eine Warnungsnote auch an Polen.

Berlin, 3. November. (U.) Wie jetzt zuverlässig bekannt wird, hat die Völkervereinigung nach Warschau die gleiche Note über die Gefahren des Eintritts landfremder Elemente in Oberschlesien geschickt, wie sie am 31. Oktober dem deutschen Botschafter in Paris überreicht wurde.

Aus der bayerischen Mörderzentrale.

München, 4. November. Wie die sozialdemokratische Münchner Post meldet, hat der Abg. Auer eine Anzahl weiterer Drohbriefe erhalten. In einem der Briefe heißt es, Auers werde die Menschen nicht mehr leben. — Gegen den früheren Führer der Einwohnerwehr Kanzer ist ein Ermittlungsverfahren wegen Aufforderung zum Mord eingeleitet worden.

Keine Spur von den Allenlädern.

München, 3. November. Die am Freitag verhafteten fünf Personen, gegen die sich der Verdacht der Mittäterschaft an dem Mordanschlag gegen den Abgeordneten Auers richtete, ferner weitere zwei Verhaftete sind wegen völligen Mangels an Beweisen wieder freigelassen worden.

Nach den bisher gemachten Erfahrungen darf man mit Sicherheit annehmen, daß es der Münchner Polizei nie gelingen wird, die Allenläder zu fassen.

Interesse der Entente für die Vereinsregister.

München, 3. November. (U.) Nach der Münchner Zeitung hat eine Entente-Kommission, darunter Offiziere in Uniform, am Mittwoch auf dem hiesigen Amtsgericht Einblick in die Vereinsregister genommen.

Das Umlagegetreide.

Aus Oldenburg wird gemeldet: Die Konferenz der Ernährung- und Landwirtschaftsminister hat sich nach der Aussprache über die Kartoffelversorgung mit der Frage der Brotgetreideversorgung beschäftigt. Der Präsident der Reichsgetreidekasse berichtete über den Stand der Lieferung von Umlagegetreide. Bis zum 15. Oktober war die bis zu diesem Zeitpunkt verlangte Menge an abgeliefertem Getreide — Gesamtumlage — erheblich überschritten. Die Umlage bis zum 25. Oktober betrug 1 085 802 Tonnen = 43 Prozent der Gesamtumlage. Schon diese statistischen Ergebnisse sichern zusammen mit der getätigten Einfuhr die Brotversorgung bis zum Frühjahr. Die Konferenz sprach sich dahin aus, daß mit allem Nachdruck die weitere Eindringung der Umlage zu verhindern sei und gegen schuldhaft, klümmige Landwirte unumschlichtlich mit den gesetzlichen Handhaben vorgegangen werden soll.

Verdoppelung der Kohlensteuer?

Wie die Deutsche Allgemeine Zeitung hört, soll bei der Reichsregierung der Plan bestehen, die Kohlensteuer auf 40 Prozent zu erhöhen. Bekanntlich betrug die Kohlensteuer bisher 20 Prozent. Die Absicht, noch über den Satz von 30 Prozent hinauszugehen, soll auf die unglückliche ober-schlesische Entscheidung zurückzuführen sein, durch die ein großer Ausfall in den Kohlensteuererträgen hervorgeufen wird.

Sofortige Erhöhung der Zigarettenpreise.

Der Reichsverband Deutscher Zigarettenhersteller läßt durch M. T. B. eine Mitteilung verbreiten, daß infolge der Entwertung der Mark in der deutschen Zigarettenindustrie die vornehmlich ausländischen Rohstoffe verarbeitet werden müssen. Die Grundlage der Wirtschaftslage außerordentlich erschwert sei. Um die Rohstoffbedürfnisse immer wieder ergänzen zu können, sowie infolge der am 1. Oktober eingetretenen Steuererhöhung und der geringeren Löhne, habe sich die Zigarettenindustrie gezwungen gesehen, ihre Preise mit sofortiger Wirkung zu erhöhen.

Gegen den Kartoffelwucher.

Wanne, 2. November. 10 000—15 000 Bergarbeiter der Zechen in Wanne, Eickel und Röhlingshausen veranstaltete heute vor dem Amtshaus eine Kundgebung gegen die hohen Kartoffelpreise. Die Führer ließen keinen Zweifel darüber, daß sie, falls nicht Abhilfe geschafft werde, jede Verantwortung ablehnen müßten.

Halle a. S., 3. November. (U.) Aus Anlaß der Kartoffelnot erklärt Oberpräsident Hering einen Aufruf, in dem es u. a. heißt: Mit allen Mitteln muß dafür gesorgt werden, daß möglichst große Mengen Kartoffeln in aller Kürze der verbrauchenden Bevölkerung zugeführt werden, wenn ernste Unruhen und Gewalttakte seitens der Verzehrenden gegen die landwirtschaftliche Bevölkerung vermieden werden sollen.

Praktische Arbeit für den Wiederaufbau.

Paris, 2. November. (U.) Der Minister Loucheur hat heute eine Abordnung der deutschen Arbeiterverbände und der deutschen Gewerkschaften aus Industrie, Handel und Landwirtschaft empfangen, die in Begleitung von Delegierten des französischen Gewerkschaftsbundes und französischer Industrieller, Handels- und Landwirtschaftsverständlicher dem Minister durch den französischen Gewerkschaftssekretär Marcel Laurent vorgestellt wurden. Laurent hielt dem Minister Vortrag über ein vorläufiges Abkommen, das den raschen Wiederaufbau von elf Dörfern an der Somme (Gegend von Chauvigny) bewirkt, die die Delegation in den letzten Tagen besichtigt hat. Der Wiederaufbau soll sich im Laufe des Jahres 1922 vollziehen. Die Delegierten wies darauf hin, daß sie sich im weitesten Maße der Bestimmungen des Wiesbadener Abkommens zu bedienen beabsichtigen. Loucheur nahm diese Erklärung zur Kenntnis. Es wurde vereinbart, in einer Sitzung am kommenden Montag die praktischen Voraussetzungen für die Durchführung dieses Planes zu prüfen.

Wie die Frankf. Ztg. ergänzend berichtet, hat sich die deutsche Delegation bereit erklärt, mit 2000 deutschen Arbeitern und Technikern den Wiederaufbau der Dörfer, die eine Fläche von etwa 30 Quadratkilometer umfassen, zu übernehmen. Für die technische Durchführung des Baues soll eine Aktiengesellschaft gegründet werden, in der beide Teile gleichmäßig vertreten sein sollen. Die Kosten des Wiederaufbaues sollen ausschließlich auf Reparationskonto gehen.

Neue Schritte Frankreichs wegen der Entwaffnung?

Paris, 2. November. (U.) „Echo de Paris“ meldet, daß General Nollet erneut nach Paris zur Berichterstattung über die deutsche Entwaffnung berufen wurde. Der Völkervereinigung habe neue Verhandlungen wegen der Entwaffnung in Deutschland zu machen.

Zur Washingtoner Konferenz.

Wenn und aber.

Aus London wird berichtet: Der Berichterstatter der Associated Press an Lord des Dampfers, auf dem sich die japanische Delegation zur Washingtoner Konferenz bezieht, meldet drahtlos, Admiral Kato habe erklärt, daß Japan bereit sei, seine Flottenstärke herabzusetzen, wenn die Mächte auf der Konferenz eine Vereinbarung erlassen. Der Admiral fügte hinzu, wenn andererseits in Washington ein internationales Einvernehmen nicht erzielt werde, könne und werde er dann sein Flottenprogramm auch nicht um den geringsten Teil herabmindern.

Nach Meldungen aus Washington sprachen sich sowohl der Präsident Harding wie auch der Staatssekretär Hughes sehr optimistisch über die Aussichten der Abrüstungskonferenz aus. Hughes erklärte, daß die bereits ausgetauschten Ansichten zeigten, daß allseitig der Wunsch zu einem gemeinschaftlichen Zusammenarbeiten bestehe, aber niemand denke daran, deutsche Vertreter in offizieller oder inoffizieller Eigenschaft heranzuziehen. Harding sagte in einer Rede, daß die ganze Welt, belehrt durch die letzte ungeheure Tragödie, zur besseren Einsicht kommen werde. Aber zum Schluß betonte Harding, er werde die nationale Unabhängigkeit Amerikas in seinem Punkt offen. Amerika werde zunächst für Amerika da sein, aber es werde nie ein egoistisches Amerika sein, das sich einbilde, seinen Vorteil aus dem Unglück der andern ziehen zu können.

Paris, 2. November. Nach einer Blättermeldung aus Washington schreibt die offizielle Washingtoner Post, jede Erweiterung über die Einschränkung der Rüstungen sei unmöglich, wenn nicht vorerst die englisch-japanische Allianz aufgelöst werde. Wenn man sich darüber einigt, daß die Flotte eine gewisse Stärke nicht überschreiten dürfe, so gefähre das natürlich nur unter der zureichenden Bedingung, daß zwei Flotten nicht auf Grund einer Allianz sich vereinigen. Andernfalls würde das Verhältnis sofort umgekehrt, und eine Nation, die ihre Flotte herabsetzen würde, würde sich der Gefahr aussetzen, von zwei andern Nationen angegriffen zu werden.

Rußland soll inoffiziell teilnehmen dürfen.

Das russische Post-Bureau meldet aus Tokio: Die amerikanische Regierung hat der Republik des Fernen Ostens mitgeteilt, die offizielle Teilnahme an der Washingtoner Konferenz sei unmöglich, da die Sowjet-Regierung nicht anerkannt sei. Die amerikanische Regierung gestalte aber Rußland, inoffiziell teilzunehmen, jedoch nur bei solchen Fragen, die Rußland betreffen.

Ein amerikanisches Abrüstungsprogramm.

Paris, 3. November. Der Sonderberichterstatter des Matin, Stephan Langanne, drahtet aus Washington: Die vier amerikanischen Delegierten zur Abrüstungskonferenz, Staatssekretär Hughes, die Senatoren Root, Lodge und Underwood, haben sich in abschließender Sitzung vereinigt und nach vorheriger Verständigung mit dem Marineminister und dem Chef des Admiralsstabes endgültig das Flottenabrüstungsprogramm angenommen, das Amerika der Konferenz unterbreiten wird. Dieses sehr ausgedehnte Programm erstreckt sich nicht nur auf Beschränkungen für die auf den Werften liegenden Bauten, sondern enthält auch Vorschläge bezüglich der Flottenstützpunkte, der Küsten- und Hafenbefestigungen und der Umwandlung von Handelsschiffen in Kriegsschiffe.

Hardings „Gesellschaft der Nationen“.

Paris, 3. November. Nach einer Meldung aus Newport berichtet der Washingtoner Korrespondent der New York World, daß die Delegierten der Vereinigten Staaten auf der Abrüstungskonferenz den Gedanken der Errichtung einer freiwilligen Gesellschaft der Nationen mit einem internationalen Gerichtshof als bestes Mittel für die Herabsetzung der Rüstungen zu Wasser und zu Lande betrachten. Sie hätten die Absicht, diesen Vorschlag als einen Zusatz zu dem Pakt von Paris, also zum Völkerbündnisstatut, einzubringen. Nach der Chicago Tribune handelt es sich um den ursprünglichen Hardingschen Plan einer Gesellschaft der Nationen, der an die Stelle des Völkerbundes treten soll.

Fortdauer der irischen Krise.

London, 3. November. Nach der Press Association ist in der gestrigen Sitzung des Ausschusses der irischen Konferenz zwischen der britischen Regierung und den Sinnfeinern ein endgültiges Übereinkommen über die Einzelheiten von zwei verschiedenen Plänen, von denen jeder die Einheit Irlands aufrecht erhalten will, erzielt worden. Der Premierminister von Irland Sir James Craig ist telegraphisch aufgefordert worden, nach London zu kommen, um mit den Vertretern der Regierung zu beraten. Wie verlautet, hat Craig die Einladung angenommen und wird voraussichtlich am Sonntag morgen in London eintreffen. Hier wird er mit Lord George zusammenkommen. Von maßgebender Seite wurde erklärt, man werde an Craig nicht mit einem Vorschlag herantreten, der auf eine Volksabstimmung in den Grafschaften Tyrone und Fermanagh hinauslaufe. Die Lage habe sich nicht so verbessert, daß eine unmittelbare Lösung erwartet werden könne. — Umlich wird bestätigt, daß Lord George am Sonnabend nicht nach Washington abreist.

Der Fall Müller-Brandenburg.

Die Tel.-Union berichtet aus Erfurt: Die Untersuchung gegen den thüringischen Polizeimajor J. D. Müller-Brandenburg wegen amtlicher Verfehlungen hat dadurch eine neue Wendung erfahren, daß die Reichsregierung (?) das Verfahren auf die frühesten Offiziere Spangenberg und Wolf ausgedehnt hat.

Der Stand der Valuta.

Es kosteten in Berlin	1.7.14	2.11.21	3.11.21
	Mark		
1 amerikanischer Dollar	4.12	191.55	204.70
1 englischer Pfund Sterling	20.43	750.70	804.15
100 holländische Gulden	169.00	6543.45	6993
100 schwedische Kronen	112.50	4355.00	4695.30
100 Schweizer Franken	41.00	3576.40	3796.80
100 französische Franken	81.00	1413.55	1513.95
100 belgische Franken	81.00	1373.60	1473.60
100 italienische Lire	81.00	776.70	889.15
100 tschecho-slowakische Kronen	85.00	7.08	7.83
100 ungarische Kronen	—	183	200.75
		—	23.47

Verantwortlich für den redaktionellen Teil:

Walter Freitag in Leipzig.

Verantwortlich für den Inseratenteil:

Friedrich Weller, Vordorf-Leipzig.

Druck u. Verlag: Leipziger Verlagsanstalt „Aktien-Gesellschaft“, Leipzig.

Zahnrast Dr. Bahrs' Zahnpulver „Nr. 23“

reintigt die Zähne so vollkommen, daß schon nach kurzem Gebrauch das Aussehen derselben bedeutend verbessert wird.

Jede echte Packung trägt Dr. Bahrs' Namen und Nr. 23.

In allen Apotheken, Drogerien und Parfümerien.

Diese Nummer umfaßt 14 Seiten.

Öffentliche Wählerversammlungen

- L.-Thonberg.** Gasthof, Reichenhainer Straße (für Südbesitz). Freitag, den 4. November, abends 7/8 Uhr: Was uns noch ist. Referentin: Frau Toni Haddenbrock aus Remscheid.
- L.-Vindenu.** Goldener Adler, Angerstraße. Sonnabend, den 5. November, abends 7/8 Uhr: Die bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen und ihre Bedeutung für die Volksschulen. Referent: Stadtorbinder W. Freytag.
- Lieberwolkwitz.** Gasthof zum Sambrinus. Sonnabend, den 5. November, abends 7/8 Uhr: Die Aufgaben der USPD.-Gemeindevorsteher. Ref.: Landtagsabg. Denhard.
- Zwenkau.** Goldener Adler. Sonnabend, den 5. November, abends 8 Uhr: Die politische Lage. Referent: Genosse Stadtorbinder Karl Schrörs, Leipzig.
- Bodelwitz u. Umg.** Gasthof. Sonnabend, den 5. November, abends 7/8 Uhr: Die politische Lage und die Gemeinderatswahl. Referent: Reichstagsabg. Arno Bruchardt.
- L.-Döbnitz.** Aula der 7. Volksschule. Dienstag, den 8. November, abends 7/8 Uhr: Die Bedeutung der Stadtverordnetenwahl. Referent: Stadtverordneter-Kandidat Kaufmann Paul Plottke.
- L.-Sellerhausen.** Schützenhaus. Dienstag, den 8. November, abends 7/8 Uhr: Die Bedeutung der Stadtverordnetenwahl. Referent: Stadlv.-Kandidat Heinrich Fleißner.
- Stünz.** Gasthof. Dienstag, den 8. November, abends 7/8 Uhr: Die Bedeutung der Stadtverordnetenwahl. Referent: Stadtorbinder Karl Krüger.

Kopf- und Handarbeiter von Leipzig! Erkennt die Bedeutung dieser Wahl! Kommt in die Versammlungen, um unsere Wege und Ziele kennen zu lernen.

U. S. P. D. Groß-Leipzig.

USPD. Groß-Leipzig

- Hänichen-Lützenau.** Sonnabend, 5. November, abds. 8 Uhr. **Mitgliederversammlung** im Kasino. Tagesordnung: 1. Vortrag des Gen. Richter, Leipzig, über: Die politische Lage und die Entscheidung über Oberstleuten. 2. Parteiangelegenheiten und Verschiedenes. Zahlreichen Besuch erwartet. Der Vorstand.
- Kleinmöhren.** Sonnabend, den 5. November, abds. 7/8 Uhr. **Mitgliederversammlung** in der Terrasse. Tagesordnung: Partei-, Vereins- und Wahlangelegenheiten. Vorstandsmittglieder um 6 Uhr dabei. 7 Uhr Parteigenossen. Parteiangelegenheiten, erhebt sich, um Informationen entgegenzunehmen, welche für jeden wichtig sind. Sonntag, vorm. 9 Uhr, **Flugblattverbreitung** (Bibliothek).
- Panitzsch.** Morgen Sonnabend, abends 8 Uhr. **Versammlung** im Gasthof. D. B.
- Probstheida.** Morgen Sonnabend, den 5. November, abds. 8 Uhr. **Halbjahrsversammlung** im Restaurant Nummer. D. B.

Der arme Konrad. Alle Mitwirkenden v. Norden den 5. Novbr. 7 Uhr. in Reblers Restaurant, Elbtonnenstr. Alle Ausweise, welche nicht abgeholt, werden dort ausgegeben.

Deutscher Verkehrsbund.

Dienstag, den 8. November, abends 7/8 Uhr im Sellenfeller, Plagwitz, Karl-Heine-Straße

Strassenbahner-Vollversammlung

Tagesordnung: 1. Bericht der Stadtverordneten über das Strassenbahnenwesen. 2. Bericht über den Stand der Lohnbewegung. 3. Verschiedenes. Zutritt haben nur Mitglieder der freien Gewerkschaften die im Strassenbahnbetrieb beschäftigt sind. — Mitgliederbücher sind mitzubringen. **Verwaltungsstelle Leipzig.** Abteilung Strassen- und Kleinbahnen.

Arbeiter-Schwimmverein Leipzig G. B.

Sonntag, den 6. November, vorm. 9 Uhr, im Rest. Kohlgarten, Reudnitz, Weidmannstr. **Bezirkskonferenz u. Übungsstunde.** Von 1-2 Uhr Kraft. Übung im Dianabad. Das Erscheinen aller Schwimmwarte und Relaisführer ist unbedingt notwendig. D. B.

Metallarbeiter-Verband

Die Bibliothek steht allen Mitgliedern unentgeltlich zur Verfügung und können Bücher während der Besuche entliehen werden. **Wichtig!** Die Bibliothek steht allen Mitgliedern unentgeltlich zur Verfügung und können Bücher während der Besuche entliehen werden. **Wichtig!** Die Bibliothek steht allen Mitgliedern unentgeltlich zur Verfügung und können Bücher während der Besuche entliehen werden.

Achtung, Betriebsräte u. Obleute!

Sonntag, den 6. November, vormittags 10 Uhr, im großen Saale des Volkshauses. **Betriebsräte-Vollversammlung.** Tagesordnung: 1. Stellungnahme zum Betriebsrätegesetz. 2. Aufstellung der Kandidatenliste. Die Wichtigkeit der Tagesordnung erfordert das Erscheinen sämtlicher Betriebsratsmitglieder und Obleute!

Osten.

Montag, den 7. November, abends 7 Uhr. Sitzung der Vertrauensleute und Betriebsräte im Rest. Grüne Aue, Anger, Bernhardtstraße 26.

Norden.

Montag, den 7. November, abends 5 Uhr. Sitzung der Vertrauensleute und Betriebsräte im Nicau-Ausgang, L.-Gohlis, Elbtonnenstr. Tagesordnung: 1. Stadtverordnetenwahl. 2. Berichte. — Das Erscheinen aller Funktionäre ist erforderlich.

Bautlempner.

Dienstag, 8. November, abds. 7/8 Uhr, im Volkshaus **Vertrauensmänner-Sitzung.** Sehr wichtige Tagesordnung. Erscheinen dringend notwendig. Die Branchenleitung.

Arbeiter und Arbeiterinnen der Gelbmetallindustrie!

Dienstag, den 8. November, abds. 7/8 Uhr. **Versammlung** im Volkshaus. Tagesordnung: 1. Vortrag des Kollegen Aug. Böhle über: Kranken- und Invaliden-Versicherung. 2. Verschiedenes

Konsum-Berein Güntheritz u. Umg. G. O. m. b. H.

Sonntag, den 13. November, nachmittags 2 Uhr im Gasthaus Schulze:

Generalversammlung

Tagesordnung: 1. Geschäftsbericht und Genehmigung der Bilanz. — 2. Beschlußfassung über die Verteilung der Ertrügnisse. — 3. Wahl von zwei Aufsichtsratsmitgliedern. — 4. Anträge laut § 32 des Statuts. Der Vorstand.

Bilanz am 30. Juni 1921.

Rasse-Konto	4846.05	Mitglieder-Anteil-Konto	24948.00
Waren-Konto	115000.00	Steuer-Konto	7500.00
Bank-Konto	14005.07	Referendats-Konto	8905.44
Bauspar-Konto	23313.34	Dispositions-Konto	2204.32
Anteil-Konto G. O. m. b. H.	2042.80	Sparfallen-Konto	76721.37
Anteil-Konto Bergsgesellschaft	531.98	Rabatt-Konto	38042.30
Versicherung-Konten-Konto	10000.00	Gewinn- und Verlust-Konto	6733.91
Inventory-Konto	1.00		
	161116.24		161116.24

Mitgliederbewegung: Bestand am 1. Juli 1920 355 Mitglieder, Zugang 25 Mitglieder, zusammen 380, Abgang 12, Bestand am 30. Juni 1921 368 Mitglieder. Die Beitragsumme beträgt 55200.00 Mark.

Der Vorstand: H. Prause, S. Wolf. Der Aufsichtsrat: D. Gräfe.

Empfehle hiermit zu billigen Preisen meine altbekannten Marmeladen

	Musgewogen à 1/2 Dd.	1 1/2 Dd. Glas	5 1/2 Dd. Eimer
Dreifucht	4.30		
Stachelbeer-Äpfel	5.00		
Johannisbeer-Äpfel	5.30		26.50
Stachelbeer	7.00	8.20	35.00
Äpfel	7.00	8.20	35.00
Johannisbeer ohne Kern	7.50	8.70	37.50
Äpfel	8.00	9.20	40.00
Riesling	8.00	9.20	40.00
Erdbeer (äußerst preiswert)	9.50	10.70	47.50
Äpfelrosen	11.00	12.20	55.00

Friedrich Hörig, Marmeladen- und Konserven-Fabrik

Detail-Verkauf: Peterssteinweg 15 (Ebeneneingang Bäckerstr.) u. Lindenau, Reudnitz Str. 14

Brennholz.

Trotz Frachterhöhung verkaufe noch zum alten Preise! **Stochholz, ganz trocken** à Zentner 12.40 **Stochholz, ganz trocken** ofenlang, à Zentner 15.40 **Hart- und Weichholz** und **Schwarten**, ofenlang, zu den alten billigen Preisen. **Paul Nachenberger, Drechler, Bahnhof, Telefon 4161, Ladestr. IV.**

Uhren

Ketten, Schmucksachen größte Auswahl. Billigste Preise. **Gustav Kaniss** 6 Tauchaer Straße 6

Ja Thüringer Gänse

Wund 12.75 Mk. ausgeschlachtet 15.00 Mk. **Kreuzstraße 17** Nähe Lange Straße Eierhandlung.

Das Beste vom Besten in la bay. Schmelz-Margarine

1 Pfund Mk. 25.— **Großverbraucher und Wiederverkäufer Sonderpreise.** **Rud. Pfaff, Städt. Markthalle, Erdbeersch 46. 1.**

JUNGBORN

Labe Dich und Deine Gäste Jungbornkaffee ist der beste

Kornkaffee

Urbin



Man verlange in allen einschlägigen Geschäften: **Urbin-Terpentinolwäre** das in der Qualität noch nie erreichte Schuhputzmittel.

Fabrillager Zeibighaus Neumarkt 18 Vertreter: Kurt Prüfer. Fernsprecher 15 815.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Leipzig.

KUNSTABEND

unter Mitwirkung erster Kunstkräfte **Beginn 7/8 Uhr** Eintrittspreis einschließlich Kartensteuer 3.— Mark. Karten sind bei den Bekassierern, im Bureau und an der Abendkasse erhältlich. **DIE ORTSVERWALTUNG.**

Turnerbund Liebertwolkwitz

Die für Sonnabend angelegte Versammlung findet infolge der öffentlichen Einwohner-Versammlung erst am **Freitag, dem 11. November, abends 8 Uhr, statt.** D. B.

Familien-Nachrichten

Donnerstag, den 3. November, vormittags, verstarb nach kurzem Leiden plötzlich mein lieber treuer Mann, unser herzenguter Vater, Schwieger- und Großvater

Bernhard Janicke

Widmer im Konsumverein L.-Plagwitz, Zwelff, Connewitz im 63. Lebensjahre. **Leipzigs, Schornhorststr. 45** Dies zeigen tiefbetrubt an **Albino verw. Janicke verw. gow. Schindler Richard Walther nebst Frau geb. Janicke Felix Janicke nebst Frau und Tochter Walter Schindler nebst Frau und Tochter.** Beerdigung Montag, den 7. Nov., nachm. 3 Uhr, von der Kapelle des Südfriedhofes aus statt.

Allen Freunden und Bekannten die traurige Mitteilung, daß unsere herzengute Tochter und Schwester

Elisabeth Profe

am 3. November nach langem, mit großer Geduld ertragenem Leiden sanft entschlafen ist. **Die tieftrauernden Eltern Reinhold Profe u. Frau Kurt Profe.** Einäscherung den 5. November, nachm. 3 Uhr. Kranzbesuche bitten wir abzulehnen.

Allen Verwandten und Bekannten hierdurch zur Nachricht, daß mein lieber Mann, unser Bruder, Schwager und Onkel, der Schloffer

Friedrich Otto Hartung

im Alter von 62 Jahren heute früh 7/8 Uhr unter schwerem Leiden entschlafen ist. **L.-Vindenu, Kailerstr. 51. II.** **Frau Clara verw. Hartung geb. Rüdger** sowie alle Hinterbliebenen. Einäscherung Montag nachmittags im Krematorium. Von Blumenbesuchen bitten wir abzulehnen.

Zurückgeführt vom Grabe meiner lieben Gattin, unserer guten Mutter

Minna Hulda Elm geb. Jung

bringt es uns, für die vielen Beweise inniger Teilnahme unseren herzlichsten Dank auszusprechen. Besonders Dank meinen lieben Arbeitskollegen und Hausbewohnern, dem Frauenklub Stehlmütterchen sowie Herrn Viktor Koch. **L.-Kleinmöhren, den 3. November 1921.** **Emil Elm und Kinder.**

Zurückgeführt vom Grabe unseres lieben Vaters, Großvaters, Schwiegervaters, Bruders und Onkels, des Krankenbelüchters

Franz Schliebe

sagen wir allen unseren herzlichsten Dank. Besonders seinen Kollegen und Vorgesetzten der Allgemeinen Ortskrankenkasse Leipzig, sowie den Parteifunktionären von L.-Volkmarzdorf. Besonders Dank Herrn Rud. Wille für die erhebenden Worte an der Bahre des Verstorbenen. **L.-Volkmarzdorf, den 3. November 1921.** **Die trauernden Hinterbliebenen.**

Wetterbeobachtungen (Zoologischer Garten) in Leipzig.

Table with weather data including barometer, wind, temperature, and precipitation for Leipzig.

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 3. November

Parteiangelegenheiten.

Bezirk Zentrum (Mit-Leipzig). Sonnabend, den 5. November abends 7/8 Uhr, wichtige Sitzung sämtlicher Funktionäre im Apfelbaum, Burgstraße 7. Wahlhelfer sind mitzubringen.

Gewerkschaftsfunktionäre und Betriebsräte! Heute abend 7 Uhr im Volkshaus, großer Saal, wichtige Versammlung. Alle müssen kommen.

Aus der Kommunalpolitik. (Rat und Stadtverordnete.) Die Revolverte Städteordnung gibt dem Rat die Stadtverwaltung in die Hand.

Die Revolverte Städteordnung gibt dem Rat die Stadtverwaltung in die Hand. Die Stadtverordneten als die gewählten Vertreter der Gemeindeglieder sind eigentlich nur mehr oder weniger dekorative Beigabe zum Rat.

Am 14. Juni 1920 konnte die Genossin Schilling im Stadtverordnetenrat feststellen, daß der Rat nur Verärgerungspolitik treibt, wenn er den Betrieb der Schuljahrklinik einschränkt, weil die Stadtverordneten die Beitragserhöhung für Behandlung in der Schuljahrklinik ablehnten.

Den Antrag der Unabhängigen, die Wohnungen bis zu einem Mietwert von 1000 Mark von der Mietssteuer freizulassen, bekämpfte der Rat. Die Stadtverordneten beschloßen die dreijährige Fortbildungsschulpflicht für Mädchen, der Rat trat diesem Beschluß nicht bei.

Die Stadtverordneten beschloßen, zur Deckung der Kosten der Beschaffungsbefehle für Beamte nur die Einwohner zum dritten Steuertermin heranzuziehen, deren Einkommen 6000 Mark übersteigt. (Die Unabhängigen hatten beantragt, die Grenze auf 9000 Mark festzusetzen.) Der Rat trat diesem Beschlusse nicht bei.

Die Stadtverordneten beschloßen, nach dem Beispiele vieler Privatunternehmer für die Ausschüßkräfte die Versicherungsbeträge aus der Stadtkasse zu bezahlen. Der Rat verhinderte die Durchführung dieses Beschlusses.

Im Handelsgelehrbuch ist vorgeschrieben, daß den Angestellten bei Krankheit das Gehalt auf 6 Wochen gezahlt werden muß. Die Stadtverordneten beschloßen, diese soziale Wohltat ebenfalls den Ausschüßangestellten zugute kommen zu lassen.

Der Rat trat auch diesem Beschluß nicht bei. Im Juli 1920 wurde die Beförderungsreform im Stadtverordnetenkollegium verabschiedet, den Ratmitgliedern wurden Gehalte bis 77 000 Mark bewilligt. In der gleichen Zeit erhob der Rat der Stadt Einspruch gegen einen Schiedspruch, nach dem die städtischen Arbeiter eine Lohnzulage von 20 Pfennig und 50 Pfennig für die Stunde erhalten sollten.

haben die Unabhängigen wiederholt gefordert, der Rat hat sie aber abgelehnt.

Am 13. Juli 1921 wurde vom Genossen Dr. Popitz darauf hingewiesen, daß in dieser Sitzung 2 Millionen Mark für Kinderbeihilfen an Ratmitglieder und Beamte gezahlt wurden, während für die Kinderkolonie der Schreiberkolonie, die für Kinderbeihilfe bestimmt ist, nur 30 000 Mark bewilligt wurden.

Auf Anregung der Unabhängigen wurde zu Beginn des Jahres 1919 die Errichtung eines Volksbildungsamtes beschloßen. Von der USPD waren für den Ausbau des Amtes großzügige Richtlinien aufgestellt, die von den Stadtverordneten einstimmig angenommen wurden. Ein bürgerlicher Vertreter meinte, es solle ein Kultusministerium für Leipzig geschaffen werden.

Die Stadtverordneten beschloßen, die Stadtverordnetenwahlen nicht am 13. November, sondern am 4. Dezember vorzunehmen. Der Rat kümmerte sich nicht um diesen Beschluß, weil er fürchtete, daß dann auch die Wähler der einzuverleibenden Vororte mit zum Stadtverordnetenkollegium wählen könnten.

Es liegt nun an den Wählern, dem Rat für seine reaktionäre Politik am 13. November die richtige Quittung durch Abgabe eines unabhängigen Stimmzettels auszusprechen.

Mütter und Väter!

Das reaktionäre Bürgertum hat auf seiner Liste die drässigen Feinde der Volksschule Wörner, Jeremias, Michmann!

Ihre Wahl bedeutet Vernichtung der allgemeinen Volksschule Herrschaft der Pfaffen über die Volksschule Unfreiheit und Rechtslosigkeit der Lehrer Zurücksetzung der Volksschule hinter die höheren Schulen.

Anabhängige Sozialdemokratie

Beseitigung der Ständes- und Klassenschulen Weltlichkeit der Schulen Einheitslichen Schulaufbau von der Volksschule bis zur Hochschule Unentgeltlichkeit der Lernmittel Unentgeltliche Schülermahlzeiten Erziehungsbeihilfen für Minderbemittelte.

Wer die freie Entwicklung der Volksschule will, wer seine Kinder nicht von den Quellen des Wissens ausgeschlossen sehen will, der wählt am 13. November

die Liste Seger-Nüchtern

Ein dreifacher Betrug der Dessenlichkeit.

Am Dienstag teilten wir mit, daß auch eine Anzahl Angehöriger und Arbeiterverbände die Liste der reaktionären Volksausbeuter zur Stadtverordnetenwahl unterzeichnet hätten. Wir knüpfen daran die Bemerkung, daß zahlreiche Mitglieder dieser Vereine wohl erst durch die Veröffentlichung Kenntnis erhalten und daß die Vorstände die Unterzeichnung besorgt hätten.

Der Verein erhebt Einspruch gegen die Verwendung seines Namens. An den Verhandlungen, die zur Aufstellung der Gemeinschaftsliste führten, hat kein Vertreter des Vereins teilgenommen; eine Beteiligung an diesen Verhandlungen wäre selbst wenn die Absicht dazu bestanden hätte (was aber nie der Fall war), auch nicht möglich gewesen, denn die Sitzung des VV. verbietet jede politische Betätigung des Vereins.

In der Donnerstags-Nummer der L. N. N. muß die sogenannte Arbeitsgemeinschaft für die reaktionäre Gemeinschaftsliste folgendes gewundene Bekenntnis ablegen:

Unter den Unterzeichnern der Wirtschaftspolitischen Gemeinschaftsliste sind vier dem Stadtbund Leipziger Frauenvereine angehörende und drei andere Berufsorganisationen genannt. Wir hatten um so eher geglaubt, die Namen dieser Vereine anzuführen zu dürfen, als Mitglieder dieser Einzelorga-

nisationen auf unserer Kandidatenliste stehen und einige von ihnen dem Wirtschaftlichen Bürgerwahlausschuß von 1919, der sich geschlossen hinter unsere Liste gestellt hat, angehört haben. Wie uns diese Organisationen mitteilen, können sie ihrer Sache nach, da sie keine Berufsorganisationen sind und Mitglieder aller politischen Parteien umfassen, ihre Zustimmung dazu nicht geben. Wir werden also den Verein Leipziger Gemeindefunktionäre, den Gewerbeverein der Heimarbeiterinnen, den Leipziger Hausfrauenverein, den Verein Leipziger Lehrerinnen und den Stadtbund Leipziger Frauenvereine als Unterzeichner unserer Liste streichen und tun dies mit dem Ausdruck unseres lebhaften Bedauerns über dieses Versehen.

Diese Organisationen sind also nicht gefragt worden. Man hat ihre Namen ohne ihre Zustimmung unter die Liste gesetzt. Und da spricht man von einem Versehen — wo ein solcher Betrug der Dessenlichkeit vorliegt. Wenn das die USPD. getan hätte! Wie hätte es dann im bürgerlichen Wählerwahlkampf gemacht. Dann hätten die L. N. N. von einem unerhörten Verbrechen gesprochen. Tagelang hätte der Sturm in ihren Spalten geoblt. Jetzt bringt man eine unscheinbare Notiz, gut versteckt zwischen anderm Kram, und man verfährt, es sei nur ein — Versehen! Die Herrschaften vom Bürgerwahlausschuß, von der Deutschnationalen Volkspartei, von der Deutschen Volkspartei sind aber gerichtet. Es steht fest, daß sie arglistige Täuschung begangen haben, um Wählerstimmen zu fangen. Die Art ihres Wahlkampfes ist gekennzeichnet. Lüge und Betrug sind die einzigen Waffen dieser elden Kämpferschar. Man wird all ihre Auslassungen danach zu bewerten haben.

Die Leipziger Schulen im Haushaltsplan 1921/22.

Der Stand des Erziehungs- und Bildungswesens ist ein untrüglicher Gradmesser für die Verteilung der politischen und wirtschaftlichen Kräfte in der Gesellschaft. Je primitiver die Produktionsformen, je bedeutungsloser die Tätigkeit der Masse für die gesellschaftliche Produktion ist, um so geringer sind die Mittel, die die Gesellschaft für die Bildung des „gewöhnlichen Volkes“ aufbringt.

Die Bildungsfreundlichkeit der bürgerlichen Gesellschaft ist letzten Endes trotz aller humanen Verbämung nur der Ausdruck einer Produktionsnotwendigkeit. Auch in der neuen deutschen Republik dient das Schulwesen trotz der schon aufgetauten Reichsverschaffung nicht dazu, allseitig und harmonisch gebildete Persönlichkeiten zu erziehen. Es ist im Gegenteil nach wie vor ein wichtiges Instrument zur Aufrechterhaltung der bürgerlichen Gesellschaftsordnung, die nicht freie und gleichberechtigte Glieder eines Volkes kennt, sondern auf dem Gegensatz zwischen Obrigkeit und Untertanen, Unternehmern und Arbeitern, Herrschenden und Beherrschten, Ausbeutern und Ausgebeuteten beruht.

Die herrschenden Klassen haben nicht nur auf Grund ihrer ökonomischen Überlegenheit die Möglichkeit, sich alle Bildungsquellen zu erschließen, sondern die Allgemeinheit muß für die Bildung der künftigen Leiter der Produktion und der staatlichen Verwaltung einen erheblich höheren Beitrag aus dem allgemeinen Steuerfiskus aufwenden als für die Kinder des Volkes.

So zeigt die nachfolgende Tabelle den gewaltigen Unterschied in den Zuschüssen für die Volks- und Fortbildungsschulen und den mittleren und höheren Schulen.

Zuschüsse der Stadt an die Schüler und Schülerinnen der städtischen Schulen vom Jahre 1914/15 bis zum Jahre 1921/22.

Table showing school funding data from 1914/15 to 1921/22, categorized by school type and year.

Die Geldleistungen der 431 Thomaschüler betragen 180 482 Mark, der städtische Zuschuß aber macht 1 155 453 Mark aus! Für die gleiche Anzahl der Volksschüler beträgt der Zuschuß aber nur 193 553 Mark! Ähnlich liegen die Verhältnisse bei allen höheren Schulen. Wer sein Kind zwei oder fünf Jahre länger zur Schule schicken kann, als die Eltern der Volksschüler es vermögen, dem zahlt die Stadt noch das Drei- bis Sechsfache des Schulgeldes zu, damit diese Kinder der höheren Gesellschaftsklasse erhalten bleiben oder in sie aufsteigen können.

Wie stark die Aufwendungen für die Volksschule hinter denen für die höheren Anabensschulen zurückbleiben, haben wir schon im vergangenen Jahre an den Anfängen des Haushaltsplanes nachgewiesen.

Für Jugendspiele wurden 1920/21 bei den 13 höheren Anabenschulen 32 470 Mark, für jeden Schüler 4,94 Mark, eingesetzt; für Volksschüler waren die Jugendspiele noch nicht obligatorisch, trotz des ungünstigen Gesundheitszustandes der Kinder. Die Summe war hier so gering, daß auf einen Schüler nur 22 Pfennig entfielen. Die Vernachlässigung der Volksschule zeigt am drastischsten die ausgeworfenen Mittel für Geräte zu den Jugendspielen. Für

Flugblattverbreitung zur Stadtverordneten-Wahl!

Wir rufen alle Genossen und Genossinnen auf, sich am Sonnabendabend und Sonntag früh in den bekannten Ausgabestellen zur Flugblattverbreitung einzufinden. Hauptvorstand von Groß-Leipzig.

Jede höhere Schule hatte nun 500 Mark, für 60 Volksschulen aber nur 4000 Mark eingestrichelt. In diesem Jahre sieht sich nun der Staat gezwungen, die Summe von 4000 Mark auf 112 000 Mark für 56 Volksschulen zu erhöhen. Trotzdem wird zur Förderung der Jugendspiele für die höheren Schüler mit 11.02 Mark noch mehr als das Doppelte als für den Volksschüler mit 4.30 Mark ausgeworfen. Von diesem Jahre an die Jugendspiele auch an den Volksschulen obligatorisch sein werden, sind für jede Schule 8 Spielleiter vorgesehen, die jeder 400 Mark Entschädigung erhalten. In der Volksschule werden also die Lehrkräfte mit 2409 Mark bezahlt; für die gleiche Tätigkeit werden aber an drei höheren Schulen je 4150 Mark, an zwei 4050, an fünf 4000 Mark, an einer 3250 Mark und nur an zwei (Realschule L. Lindenau mit 217 Schülern und Oberrealschule im Süden mit 259 Schülern) 2400 Mark, also ebensolange wie an Volksschulen, die durchschnittlich 1300 Schüler haben, bezahlt. Dazu kommt noch, daß mit Ausnahme der 5 Realschulen an jeder höheren Schule noch 1200 Mark für Kürturnen ausgeworfen werden. Für die körperliche Erziehung der 431 Thomasschüler wendet die Stadt außer dem üblichen Turnunterricht auf: 4450 Mark für Leitung der Jugendspiele, 1500 Mark für Geräte dazu und 1200 Mark für Kürturnen, insgesamt also 7150 Mark, während sie zu demselben Zwecke für die gleiche Zahl Volksschüler nur 2068,80 Mark übrig hat.

Wahlscheine gibt es bis zum Wahltag. Das Wahlamt teilt mit: Eine Verichtigung der Wählerlisten ist auf Antrag bis zum Abschluß der Wählerlisten, d. i. der 6. d. M., möglich und zwar für jeden, der nach dem Wahlamt gegenüber festem Wohnsitz in Leipzig nachweist. Wahlscheine werden bis Sonnabend, den 12. November, und in besonderen Fällen auch noch am Wahltag an jeden Wahlberechtigten verteilt, wenn die für die Ausstellung von Wahlscheinen maßgebenden besonderen Vorschriften, die am Sonnabend in den hiesigen Tageszeitungen veröffentlicht werden erfüllt werden.

Die Liste der kommunistischen Kandidaten zur Stadtverordnetenwahl enthält 25 Namen. Die ersten sechs sind: Gewerkschaftsangehöriger Lieberich, Straßenbahnführer Herrmann, Wohnungspfleger Fleischer, Hausfrau Schumann, Redakteur Wild, Schlosser Friedrich. Erst an 22. und 24. Stelle folgen noch zwei Frauen und zwar Frau Hörtig und Frau Pfahlsand.

Angeklagtenversicherung. Sonntag, den 18. Dezember d. J., 9-6 Uhr, findet die Wahl der Vertrauens- und der Ersatzmänner für die Angeklagtenversicherung statt. Es sind 14 Vertrauens- und 28 Ersatzmänner zu wählen. Die Arbeitgeber wählen auf Grund einer von der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte, Berlin-Wilmersdorf, Hohenzollernstraße, auf Antrag ausgesetzten Bescheinigung, die Angeklagten auf Grund ihrer Versicherungskarte, falls mindestens 1 Beitrag in den letzten 12 Monaten nachgewiesen ist, und ihres Wohnortbescheinigung. Ueber Wahlräume, Wahlberechtigung, Wahlvorschriften usw. enthält die amtliche Bekanntmachung vom 4. d. M. im Leipziger Tageblatt Näheres.

Der große Wagenmangel bei der Eisenbahn, verbunden mit wiederholten angesagten Verkehrssperren, hat, wie uns die Handelskammer Leipzig schreibt, die Lage von Industrie und Spedition außerordentlich schwierig gestaltet, so daß in absehbarer Zeit mit einer teilweisen Stilllegung lebenswichtiger Betriebe gerechnet werden muß, wenn es der Eisenbahn nicht gelingt, im Einvernehmen mit den Verkehrstreibenden noch vor Eintritt des Winters den Wagennot Herr zu werden. Die Handelskammer ist daher sofort an das Reichsverkehrsministerium mit Vorschlägen herantretend, die darauf abzielen, ungehindert die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um katastrophale Folgen der Wagennot soweit als möglich hintanzubalten.

Die Schulanfänger müssen am 7., 8. und 9. November bei den Schulleistungen angemeldet werden.

Bei der Anmeldung müssen die Eltern erklären, ob das Kind vom Religionsunterricht befreit sein soll oder nicht.

Arbeitererben! Die Kinder dem Religionsunterricht zuführen, heißt die Schule unter die Herrschaft der Pfaffen stellen, die in politischer Beziehung die Herrschaft der deutschnationalen Volksfeinde und Gegenrevolutionäre über die Schule bedeutet. Wer sein Kind für den Religionsunterricht anmeldet, liefert die Schule der Reaktion aus.

Arbeiterväter und Mütter! Hebt nicht Verrat an eurer Klasse, verständigt euch nicht aufs Schwert an der Zukunft eurer Kinder, wahrt der Schule die freie Entwicklungsmöglichkeit und dem Lehrstande die Gewissensfreiheit und meldet eure Kinder nicht zum Religionsunterricht an!

Im Sozialistischen Studentebund spricht am Sonnabend, den 5. November, Prof. Heinrich Waentig-Halle über das Thema „Sozialer oder Sozialistischer?“. Alle unsere Parteigenossen und Genossinnen sind ins Evangelische Vereinshaus (Rohstraße) dazu eingeladen Beginn 8 Uhr.

Sozialistische Proletarierjugend Groß-Leipzig. Jugendgenossen und Genossinnen! Der Tag der Stadtverordnetenwahlen rückt immer näher heran. Es ist Pflicht eines jeden, unsere Partei bei den so wichtigen Vorarbeiten zu unterstützen. Meldet euch in den Funktionärskomitees unserer Ortsvereine.

Verkauf an der Freibank. Freibank I, Nr. 3001-5000 und Nr. 1-2000, Freibank II, Nr. 1-2000. Dann Verkauf ohne Marken.

Polizeinachtichten.

Diebstahl oder Vandalismus! Vor einigen Tagen nachts sind zwei in Folge des in der Nähe des Partenschloßchens in Angriff genommenen Baues der Parksteinmauer an Sperrböden befestigt gewesene Sturmlaternen gestohlen und ein derselben auf-

gepflegter Werkzeugwagen umgeworfen worden. Da die Laternen zur Verhütung von Unfällen angebracht waren und durch deren Entfernung Passanten möglicherweise zu Schaden kommen könnten, wäre es sehr erwünscht, die Täter zu ermitteln, um sie zur Rechenschaft ziehen zu können. Die Kriminalabteilung bittet daher, etwaige laudible Mitteilungen schleunigst an sie bezw. die nächste Polizeiwache gelangen zu lassen.

Wer kann Angaben über nachstehende Unfälle machen? Donnerstag, den 6. v. M., gegen 9 Uhr vormittags, ist am Hofplatz an der Einmündung der Kurprinzstraße eine Frecc von einem Kraftwagen umgerissen worden. Der Kraftwagenführer, der unbekannt weitergefahren war, hat bisher nicht ermittelt werden können. Diejenigen Personen, die genaue Angaben über das polizeiliche Kennzeichen jenes Kraftwagens machen können, werden gebeten, dies möglichst umgehend der Kriminalabteilung mitzuteilen. — Weiter ist am 24. v. M. (Sonntag), mittags gegen 1/1 Uhr, eine ältere Frau in der Banerischen Straße beim Ueberqueren der Sophienstraße von einem unbekanntem Radfahrer umgerissen worden. Nach den bisherigen Zeugenaussagen soll dieser von einem unbekanntem Herrn, der von einem vorüberfahrenden Straßenbahnwagen abgesprungen war, angehalten worden und dadurch zu Falle gekommen, jener Herr also die mittelbare Ursache des Unfalls gewesen sein. Sachdienliche Mitteilungen über den Hergang des Unfalls, insbesondere auch über die Person des unbekanntem Herrn sowie des Radfahrers werden schnellstens an die Kriminalabteilung oder die nächste Polizeiwache erbeten.

Lebensmittellieferer für Sonnabend, den 5. November.

Für Haushaltungen. Ausgabe. 2 Zentner Bricketts werden bei der Firma Georg Werner in L. Gohlis, Freiladebahnhof, am Chausseehaus, auf Gutshöhe des Ortsamtes für Kriegsväter abgehoben. Gutshöhe Nr. 4351 bis 4401 von 8-12 Uhr vorm., Nr. 4301 bis 4350 von 1-4 Uhr nachm. Die Bricketts für die angegebenen Gutshöhe sind unbedingt abzuholen, da sie sonst verfallen.

Arbeitslose, Kurzarbeiter und Fürsorgeempfänger! Ab 4. bis 15. November 1921 Verkauf von Hammelfleisch (gute Qualität) zum Preise von 5.20 M. das Pfund im Schlachthof täglich von 9 bis 3 Uhr. — Passend Geld und Papir ist mitzubringen. Der Arbeitslosenrat.

Wählerveranstaltungen

Freitag, den 4. November, abends 1/8 Uhr, im Gasthof Thonberg, Reichenhainer Straße (für Südostbezirk)

„Was tut uns not“.

Referent: Frau Toni Maddenbrock, Remscheid.

Sonnabend, den 5. November, abends 1/8 Uhr, im Goldenen Adler, Lindenau, Angerstraße

„Die bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen und ihre Bedeutung für die Volksschulen“.

Referent: Stadtverordneter W. Freitag.

Sonnabend, den 5. November, abends 1/8 Uhr, im Gasthof zum Sambrinus, Liebertowischweg

„Die Aufgaben der U.S.B.-Gemeindevertreter“.

Referent: Landtagsabgeordneter Genosse Dennyhardt.

Sächsische Angelegenheiten.

Die Wut der Ertrappten!

Die Verschwörer gestehen ihre Taten ein!

Es war vorauszu sehen, daß die Leipziger Geheimblinder und ihr Anhang den Enthüllungen des Ministers Lipinski ein Dementi entgegenzusetzen würden. Niemand hat erwartet, daß diese Verschwörer sich anders verhalten würden, wie jeder andre Verbrecher, d. h. daß sie sich als lächerliche Unschuld bezeichnen würden, denen nur ein übelwollender, unabhängiger Polizeiminister das reine Gewand schwarz zu schmelzen bestrebt ist. Doch mit solchen Wägen ist die Arbeiterklasse nicht zu täuschen; sie weiß ganz genau, wo Barthaal den Most holt. Alles Abstreiten hilft den Ertrappten nichts.

Als erster trat der Geheim Justizrat Dr. Wildhagen in dem Verbleib aller Schieber und Gegenrevolutionäre mit einer sogenannten „Erwidern“ hervor. Dies geschah schon am Donnerstag früh, d. h. ehe bekannt war, daß wir im Besitz von detailliertem Material sind. Der Herr Justizrat hätte sicher seine Erwidern etwas anders abgefaßt, wenn er einen Tag länger gewartet hätte. So hat er mehr verborgen, als gutgemacht. Als studierter Mann hätte Herr Wildhagen mehr Bericht über müssen. Vor allen Dingen hätte er sich hüten müssen, seine Spießgesellen als verschwiegenen Ehrenmänner anzudehen. Das sind diese ganz und gar nicht. Unter

nachts kam der Buchbinder. Mir wurde furchtbar unheimlich zumute. Was ging da vor?

Am Freitag sagte der Schweiger: „Erst am andern Freitag kommen wir wieder zusammen. Da können Sie mitkommen.“

Es wurde immer mysteriöser. Ich war ungeheuer neugierig. Sehen mußte ich das auf alle Fälle, und wegen dieses eines Malen konnte mich doch schließlich der Kopf nicht abgehauen werden. Wenn man mich schließlich zum Fürstenmorden heranziehen wollte, so konnte ich ja immer noch sagen, ich wüßte nicht, wie eine Bombe losgelassen wird, oder ich hätte keine Waffe oder meine Schweiger erlaube das nicht oder sonst was.

Die ganze Woche verließ ich mich in den „Ausruf zum Sozialismus“. Das leuchtete mir etwas ein. Aber was hatte das denn mit Anarchismus zu tun? Da kam doch gar nichts vor von Bomben und Fürstenmord. Immer hieß es da nur ganz harmlos: Der Sozialistische Bund ist eine Gemeinschaft von Menschen, die mit Hilfe eines Ideals eine neue Wirklichkeit schaffen wollen. Es wurde ferner von Gruppen, die diese Gemeinschaft, diese neue Menschengesellschaft aufmächtig gestalten sollten, geredet, von Auflehnung des Bodens und Umstellung unserer ganzen Lebensart durch den Geist usw.

Zulezt, als ich mich gar nicht mehr zurechtfinden in meiner Verwirrung kam ich auf den merkwürdigen Gedanken, daß diese schlauen Fische von Anarchisten vielleicht eine ganz andere Anwendung unserer Sprache hätten, damit man ihnen nicht auf die Spur komme. Blödsinn! Hier diese ganze Abhandlung und die Sache an sich etwas ganz anderes als das Wort, das taustand also Geheimsprache. — Ich war befriedigt und wartete bis zum Freitag mit Spannung.

Diesen Abend kam mein Nachbar, etwas besser gekleidet, zu mir ins Zimmer und sagte freundlich: „Sah Sie fertig?“ Ich nickte. Wir gingen.

Auf dem Weg erzählte mir mein Begleiter von den Verhandlungen und Hausungen, die verschiedene Genossen schon erleben mußten, und riet mir, Vorsicht für alle Fälle. Ich parierte sehr mit Worten und machte ein ernstes Gesicht. Je weiter wir uns von unserer Wohnung entfernten, desto mehr Angst bekam ich.

ihnen gibt es nicht wenige, die „Mit Vaterland für einen Pfingsttag verraten“.

Herr Wildhagen bestritt, daß der Verein: „Die Brüder vom Stein“ eine Fortsetzung der Orgesch ist, daß der Verein „Silbernes Schild“ eine militärische Organisation ist, daß ein Zusammenhang mit der Brigade Ehrhardt besteht, daß das Ziel dieser Vereine die Beseitigung der Weimarer Verfassung ist und daß geheime Waffenlager existieren. Herr Wildhagen plustert sich mächtig auf. Als gerissener Rechtsanwalt verliert er sich um den Kern der Sache herumzuschlingeln. Das muß selbst das sozialdemokratische Leipziger Tageblatt zugeben, das Herrn Wildhagen folgendes ins Stammbuch schreibt:

„Die vorstehende Erwidern gibt im wesentlichen also die Enthüllungen des Innenministers zu und ergänzt sie zum Teil in nicht uninteressanten Einzelheiten. So z. B. dahin, daß der von Lipinski angeführte „Sportverein Silberner Schild“ in enger Verbindung und in geistigem Konnex mit den Brüdern vom Stein steht. Wie käme denn sonst der Vorsitzende der letzteren Organisation dazu, auch eine Entgegnung im Namen des Sportvereins zu geben? Lipinski hatte gesagt, daß die beschlossene Angliederung des Sportvereins an die Brüder vom Stein nicht ausgeführt worden sei; die vorstehende Sache beweisen aber das Gegenteil. Es wird weiter gesagt, daß der Verein „Brüder vom Stein“ die neue Zusammenfassung der ehemaligen Mitglieder der Orgesch darstellt, und daß die früheren militärischen Leiter auch in der neuen Organisation als Führer — Vereinsleiter — fungieren. Etwas anderes als das hat Minister Lipinski auch nicht behauptet, und es mutet als Spiel mit Worten oder Formalien an, wenn die Leiter der sächsischen Geheimbünde mit Dementis operieren.“

Und weiter. Wo bleibt denn ein Dementi darüber, daß die beiden Organisationen keine politischen Vereine sind? Warum wird nicht bestritten, daß die Geldquellen die gleichen wie bei der Orgesch sind? Warum wird stillschweigend zugegeben, daß Vereinsmitglieder beim Waffenschmuggel betroffen wurden? Warum verläutelt sein Wort gegen die detaillierten Angaben Lipinski über den „Waffenring“, über die Gemeinorganisation und über die Ritterlichkeit Jollern?

So zeigt sich eben, daß den Enthüllungen nichts Sachliches entgegenzusetzen werden kann, und daß man in den Kreisen der bloßgestellten Verbände höchst peinlich berührt ist, daß gerade jetzt — kurz vor den Stadtverordnetenwahlen — Beweise für politische Geheimbünde in die Öffentlichkeit gelangt sind.“

Diese sehr richtige Darstellung hat die U. M. mächtig in Form gebracht. Das Blatt wendet der Angelegenheit einen langen Leitartikel, in dem die Wut der Orgeschleute und ihrer Hintermänner drastisch zum Ausdruck kommt. Den unausführbaren Darlegungen des Tageblatts weiß das Blatt der Orgeschleute aber nichts weiter entgegenzusetzen, als die eine Frage, ob die Demokratischen Vereine, die ins Vereinsregister eingetragen sind, für Geheimbünde halten. Dabei hat Lipinski ausdrücklich festgestellt, daß die Enttragung in das Vereinsregister eine ungeheure Leichtfertigkeit ist und nur möglich war, weil die Polizei sich gar nicht die Mühe machte, die Frage zu prüfen. Und das wird wiederum verständlich, wenn man aus dem amtlichen Material feststellen kann, wie eng gewisse höhere Polizeiorgane mit den Gegenrevolutionären verbunden waren.

Die Tatsachen selbst wagt auch das Leipziger Heftblatt angesichts des erdrückenden Beweismaterials nicht ernstlich zu bestreiten. Im Gegenteil. Es läßt in seiner grenzenlosen Wut alle Vorurteile außer acht und einschuldig und verteidigt das monarchistische Widergesindel.

„Aber verstehen können wir's freilich, wenn angesichts des herrschenden, namentlich in Sachsen herrschenden, nackten Parteiregiments immer wieder Selbstschutz-Organisationen und ähnliche Verbindungen sich zusammenschließen. Soweit es sich dabei um unerlaubte Vereinigungen handelt, fällt die moralische Verantwortung für ihr Entstehen auf die, die unermüdlich sind im Heben und Verbändigen gegen das Bürgertum, aber von unendlicher Rücksicht gegen linksradikale Parteien, denen sie erst die Mittel zur Aufrichtung der einschichtigsten Parteiherrschaft liefern. Der sächsische Polizeigewaltige Lipinski ist Minister nur vor kommunistischen Gnaden, und der Kommunismus erhält seine bindenden Verhaltensmaßregeln anerkanntermaßen von Moskau, also aus dem Ausland. Und er erhält von da nicht nur Verhaltensmaßregeln. Das Wort die Splitterrichter nicht, die es „der Industrie“ zum Verbrechen machen möchten, wenn sie aus ihren Ueberbüßen erlaubte Vereine unterstützt.“

Das ist nicht nur eine Verteidigung der Mörderorganisationen, sondern eine glatte Ermuthung zur Bildung weiterer ungelieferter konterrevolutionärer Geheimorganisationen. Im gleichen Atemzuge wird versucht, die ganze Angelegenheit auf ein anderes Gleis zu schieben, indem man versucht, das Bürgertum zu ängstigen durch die — wenn auch etwas umschriebene — infame Verächtlichung, Lipinski sei Minister nur vor kommunistischen Gnaden und bezügle seine Anweisungen von Moskau. Das Leipziger Schwindelblatt muß das Bürgertum, und vor allem seine Leiter, für reichlich gedanklos halten, wenn es wagt, ihnen derartigen Ansinn vorzuschieben. Aber die Wahrheit ist zu deutlich. Das Blatt gibt uns selbst Aufschluß über seine Motive: Die Stadtverordnetenwahlen stehen vor der Tür und da kommt es der konterrevolutionären Gesellschaft äußerst unangehen, daß dem Bürgertum durch Vorführung der nackten Tatsachen gezeugt wird, welche drohende Gefahr für den Staat und für die Gemeinden entstehen würde, wenn der laubere Plan der Reaktionäre gelfänge, mit Hilfe der verheuten und geängstigten Wähler den gegenrevolutionären Mörderbanden die Macht in die Hand zu spielen. Deswegen das Wulgeheiß des reaktionären Klüngels, der seine Karten vorzeitig aufgedeckt sieht. Wägen die Wähler daraus die richtige Lehre ziehen. Nur eine sichere sozialistische Mehrheit bietet die Gewähr, daß die ewige Putschgefahr beseitigt wird und das Bürgerthum die Ruhe bekommt, die es braucht.

Aber ich konnte mich nicht mehr zurückziehen. Heimlich dachte ich: Dieses erste Mal mache ich es, dann auf keinen Fall mehr, lieber ziehe ich aus, damit mich dieser verfluchte Schweiger nicht mehr mitziehen kann.

Aber meine Neugier war unbewähbar, gewann schließlich Oberhand. —

Wir traten in ein Wirtshaus, das „Sambrinus“ hieß, durch einen dunklen Durchgang an eine Tür. Der Buchbinder ging voraus, öffnete. Ich folgte. Wir befanden uns in einem rauchigen, schmutzigen Saal, der sehr laß und ungemütlich ausah. Bizza fünfundsanzig Leute saßen um die Tische, tranken Bier, sprachen allerhand und rauchten. Wir wurden kaum beachtet. Der Schweiger ging an einen Tisch, redete einen bekräftigen, pottelhaarigen Mann an und schickte mich ihm vor. Ich stand bumm da und wußte nicht, was ich sagen sollte. Schließlich, als der Mann mich ansah, und mir die Hand drückte, lächelte ich auch. Eilige Männer, die gerade dasaßen, musterten mich und dann setzten wir uns hin. An einem Tisch fiel öfters das Wort „Expropriation“ oder „Generalkrieg“. Dann stand ein Mann mit birnenförmigem Gesicht auf. Es wurde ruhiger. Der Mann dankte uns allen, daß wir gekommen waren und setzte sich wieder. Eine Pause entstand. (Fortsetzung folgt.)

Kleine Chronik.

Altes Theater. Die für die rhythmisch-gymnastische Ausbildung der Schauspieler gewonnene Valeria Kratina veranfaßte mit einer Anzahl von Schülern aus der Dalcroze-Schule Heller aus eine rhythmisch-plastische Aufführung, die die Ziele und Wege der Hellerauer Methode, die sie als Lehrerin hat, aufzeigen sollte. Was in Heller aus verwirklicht ist, eine Durchdringung der gesamten Erziehung mit körperlicher und musikalischer Rhythmik, läßt sich hier, außerhalb eines Instituts, das das ganze Leben frei zu umfassen vermag, nur unvollkommen erreichen. So zeigten auch die Aufführungen die besten Erfolge bei den jüngeren Kräften, die von Kindheit an zum rhyth-

„Frühzeit“.

Ein Proleten-Autobiographie.

Von Oskar Maria Graf.

Nachdruck verboten. Ich sagte kleinlaut: „Ja, ja!“ und „dank schön“ und ging wie betäubt zur Tür hinaus. Wie ein Stein fiel die Beerdigung mir vom Herzen. Aber, daß meine Einmalkungen von Bombenlebern und Verbrechen also doch richtig waren, freute mich. Direkt eitel war ich über meinen Scharfsinn. Und trotzdem ich eine furchtbare Angst hatte, konnte ich meine Neugier nicht zähmen. Das mußte ich sehen. Diese Kerle, die Anarchisten, dachte ich, die werden schon ihre Schliche haben, und mein Zimmernachbar weiß da sicher Bescheid, wie sie unbefehligt zusammenkommen. Ich ging eilig nach Hause und erzählte ihm mein Erlebnis. Der schnellste vom Stuhl auf und rannte wie irrsinnig im Zimmer herum: „Ja, aber, Herr Graf, Herr Graf!“ Er war Schweiger und sprach noch immer im Dialekt. „Herr Graf!“ Ich lete er wieder, „was haben Sie denn gemacht, bedenken Sie! Da kann ich ja jeden Augenblick festgenommen werden. Bleib doch bei mir, da kann ich Sie mit dem Sauftrunk, Sauftrunk, ich daß ich aber ungeschickt!“

Ich lächelte mit den Händen herum und beteuerte die Sache, aber er überumpelte mich mit seinen Worten, schaute umher wie ein Irrsinniger und sah mich mit vorwurfsvollen Blicken an. Ich war vollkommen blöde, schwieg oder stotterte: „Ja, mein Gott, wenn ich das gewußt hätte!“

Als er dann von mir erfuhr, daß ich gar nicht nach ihm gefragt wurde, beruhigte er sich etwas. Schließlich nahm er seinen Ueberzieher vom Haken, schlüpfte hinein, setzte seinen Hut auf und sagte gehend: „Ich muß das gleich berichten.“ Ging. Ich ging ebenfalls lospfeifend in mein Zimmer, fiel in den Dossan und laun über das Vorgefallene nach.

Im Vorhinein des Schweigers lehrte des öfteren der Ausspruch wieder: „Daß kann auch Fühner zum Nachteil gereichen. Sie sehen von Ihn schon ist angedrückt bei der Polizei.“ Was sollte das bedeuten? Ich ging zu Bett und konnte nicht einschlafen. Spät

Die Frauen und die Stadtverordnetenwahlen.

Von Frieda Wemmer.

Die Stadtverordneten-Wahlen am 13. November haben für die Frauen und Mädchen eine besondere Bedeutung. Die bürgerlichen Parteien und die wirtschaftlichen Verbände haben sich zu einer Liste zusammengeschlossen wobei sie nach den Angaben des Bürgerausschusses die Absicht verfolgen, die sozialistische Mehrheit im Stadtparlament zu brechen. Dabei rechnen die Reaktionskräfte auf die Hilfe der Frauen und Mädchen; hat doch der deutschnationale Pfarrer Jeremias kürzlich in einer Sitzung des Stadtverordnetenparlamentes gesagt: „Die Frauen wählen in der Regel vernünftiger als die Männer“. Der wahre Reaktionskraft nennt die Frauen natürlich nur deshalb „vernünftig“, weil bei vielen Wahlen von den weiblichen Wählern mehr Stimmen für die Reaktionsparteien abgegeben worden sind, als für die Linksparteien. Da auf einen Antrag der unabhängigen Stadtverordneten der Rat der Stadt Leipzig beschlossen hat, die weiblichen Wählerstimmen durch farbige Wahlzettel von den Stimmen der männlichen Wähler kenntlich zu machen, so wird auch in Leipzig zum ersten Male praktisch erprobt werden können, ob die Hoffnungen der Reaktionskräfte auf die politische Unreife der Frauen und Männer berechtigt sind oder nicht. Darum müssen die Parteigenossinnen, die Frauen und Mädchen des arbeitenden Volkes alle Kräfte anspannen, um die Hoffnungen der Reaktionskräfte zu zerstreuen. Wir müssen unseren Geschlechtsgenossinnen bis zum Wahltag bei jeder Gelegenheit sagen, daß sie keine bürgerlichen Parteien wählen dürfen, denn die bürgerlichen Parteien waren stets Feinde des Frauenwahlrechts. Erst durch die Resolution bekamen die Frauen dasselbe politische Wahlrecht wie die Männer; vorher wurden sie von den bürgerlichen Parteien mit Verbrechern, Proleten und Kindern auf eine Stufe gestellt, indem man ihnen das Wahlrecht verweigerte. Der dumme Mann durfte wählen, auch wenn er moralisch noch so tief stand, aber den Frauen wurde das Wahlrecht von den bürgerlichen Parteien verweigert. Darum müssen die Frauen und Mädchen während des Wahlkampfes denken, wenn die bürgerlichen Parteien um ihre Stimmen werben. Die bürgerlichen Parteien haben sich ja auch zu einer Einheitsliste zusammengeschlossen. Damit ist am besten erwiesen, daß kein wesentlicher Unterschied zwischen diesen Parteien besteht. Nur die Demokraten haben sich von dem Bürgerblock losgelöst, sie wollen aber damit nur die Stimmen der linksstehenden bürgerlichen Wähler fangen.

Es wäre eine Schande, wenn sich die Frauen und Mädchen Leipzigs in ihrer großen Zahl von den bürgerlichen einsangen ließen. Die Not des Volkess ist ja das weibliche Geschlecht besonders hart trifft, ist doch wirklich so groß, daß sich jede Mutter, jede Hausfrau und jedes Mädchen über die Ursachen dieser Not einmal klar werden müßte. Diese Not ist ja eine Folge jener Politik, die von den bürgerlichen Parteien bisher sowohl im Reich, als auch in den Gemeinden getrieben worden ist. Es waren doch gerade die bürgerlichen Parteien, die alles getan haben, diese Not zu vergrößern. Die bürgerlichen Parteien haben die freie Wirtschaft verlangt, als deren Folge die stetige Steigerung der Preise zu beobachten ist. Die Frauen wissen doch am besten, daß mit der Einführung der freien Wirtschaft die Preise immer höher geklettert sind. So war es bei der Aufhebung der Eierbewirtschaftung, wo die Preise sprunghaft von 80 Pfg. auf über 2 Mark für das Stück stiegen und jetzt 2.80 Mk. erreicht haben. Die Aufhebung der Lederbewirtschaftung verteuerte die Schuhpreise von 50 Mark auf etwa 200 Mark für ein Paar Schuhe. Die Aufhebung der Kartoffelbewirtschaftung hatte schon im vorigen Jahre zur Folge, daß die Kartoffeln mit 40 Mark und mehr für den Zentner bezahlt werden mußten, obwohl die Regierung den Höchstpreis für Kartoffeln auf etwa 31.50 Mark festgesetzt hatte. In diesem Jahre übersteigt der Kartoffelwucher alle Maßstäbe. Die Bevölkerung muß 70 bis 80 Mark für einen Zentner Kartoffeln bezahlen und selbst dafür vermögen die Hausfrauen oft genug nur mühsam die Kartoffeln für den Hausbedarf zu erhalten. Auch die Brotverteuern ist eine Folge der freien Wirtschaft. Obwohl die Bewirtschaftung des Getreides noch nicht restlos aufgehoben ist, zeigte sich doch die teilweise Aufhebung bereits in starker Brotverteuern, die wahrscheinlich noch weiter wachsen wird.

Die Schuldigen an dieser Verteuern aller Lebensmittel sind dieselben bürgerlichen Parteien, die sich jetzt bei der Stadtverordneten-Wahl um die Stimmen der Frauen und Mädchen bewerben. Unter diesen Schuldigen, die bei den Frauen Stimmenfang treiben, stehen auch die Leute, die als Hausbesitzer die Mieten verteuern haben. Noch am 16. Oktober haben die Leipziger Hausbesitzer die freie Wirtschaft auf dem Gebiete des Wohnungswesens verlangt. Wenn diesem Verlangen nachgegeben wird, dann werden die Mieten weiter gewaltig in die Höhe steigen. Darum müssen die Frauen und Mädchen gewarnt werden, ihre Stimmen für die Wählerliste abzugeben, auf der die Kandidaten der Mietenverteuern stehen.

Wenn bei der diesjährigen Stadtverordneten-Wahl die Lebensmittel- und Mietenverteuern die Mehrheit erlangen, so wird die Folge davon sein, daß im Stadtverordneten-Kollegium diese für die breite Masse des Volkes so schädliche Politik noch weiter unterstützt wird. Die Frauen und Mädchen des Volkes müssen aber für eine Politik eintreten, die im Interesse des arbeitenden Volkes liegt. Vor allem müssen wir Frauen darauf bedacht sein, die Not des Volkes zu lindern. In dieser Beziehung kann das Stadtverordnetenparlament sehr viel tun, wenn die Mehrheit der Stadtverordneten Verständnis für die Not des Volkes hat. Wie aus den Berichten unserer Stadtverordneten hervorgeht, haben gerade die Vertreter und Vertreterinnen der Unabhängigen Sozialdemokraten im Stadtparlament auf allen Gebieten jederzeit die Interessen der ärmeren Bevölkerung vertreten. Im besonderen sind die unabhängigen Frauen für die Linderung der Not der Ärmsten eingetreten. Durch die Tätigkeit unserer Genossinnen im Stadtparlament ist gar manche Träne gestillt, gar manche Not gelindert worden. Vor allem sind unsere Vertreterinnen auf dem Gebiete der Jugendfürsorge und der Fürsorge für Arme tätig ge-

wesen. Noch gibt es gerade auf diesen Gebieten zum Schutze der Schwangeren, der Mütter, der Säuglinge, der Kinder, der Jugendlichen, der Armen und Hilfsbedürftigen viel zu tun.

Ebenso wichtig sind für die Frauen und Mädchen auch die anderen Gebiete der Gemeindepolitik, die Lebensmittelversorgung der Bevölkerung, die Kulturaufgaben, das Schulwesen, der Bau der Wohnungen usw. Für die Lösung dieser Aufgaben ist bisher im Stadtparlament die USPD. aufs nachdrücklichste eingetreten. Die Aufgaben werden nur erfüllt, wenn bei der bevorstehenden Wahl am 13. November von der Mehrheit der Frauen und Mädchen des arbeitenden Volkes Vertreter und Vertreterinnen unserer Partei gewählt werden.

Die unabhängigen Sozialisten wollen eine neue Gesellschaft aufbauen, in der alle Volksgenossen und Genossinnen ihre Existenzsicherheit haben und von der quälenden Sorge um den Alltag befreit sein sollen. Diese neue Gesellschaft soll die Menschheit aufwärts führen. Daran mitzuarbeiten und zu helfen, ist die schöne Pflicht aller Frauen und Mädchen, die aus dem heutigen Elend herauswollen.

Darum kommt alle! Hest mit, den 13. November zu einem Siegestage für die USPD. zu gestalten! Ihr tut es für euch, für eure Familie, für eure Kinder und Angehörige, für die Zukunft des arbeitenden Volkes!

Was schenke ich meinen Kindern?

Zu Geburtstagen und zu Weihnachten vor allem tritt an uns Eltern die obige Frage heran und meist erst so kurz vor dem betreffenden Feste, daß die Beantwortung in den allermeisten Fällen fatal aussieht. Sehr viele greifen wie schlecht gestellte Prüflinge zu Eisbrüden und laufen im Geschwindmarsch zum Spielwarenhändler und ins Buchbindergeschäft. Nun will ich euch etwas sagen, wofür ich von den leidtragenden Händlern wahrscheinlich „Reise“ beziehe. Ich tröste mich damit, daß ich mir sage: Jede Wahrheit wurde unter Schmerzen erlitten. Also „acht auf!“

Schenke möglichst kein fertiges Spielzeug! Das beste Spielzeug ist Material zur Betätigung für die Kinder. Ihr habt sicher beobachtet, daß eure Kinder das fertige Spielzeug sehr, sehr bald auf seine bewährte Zulammensetzung hin untersucht, beschnitten, verbogen, bis das Pferd nicht mehr „fährt“ und der Wagen nicht mehr „ging“. Ihr denkt, euch Karl, der Karl „hält eben nichts“. Aber Karl meint anders — er will das Spielzeug verändern und er will sich betätigen. Das Kind will arbeiten, will lernen, seine Phantasie will spielen. Und den Spoh versteht allerdings so ein gekauftes Blech nicht. Das Mißverständnis führt meistens zum Zusammenbruch der schwachen Existenz und dann heißt's „etwas“.

Leere Streichholzschachteln, alte Pappkartons, Zigarettenkisten oder größere gebrauchte Kästen. Sammelt sie. Und auch Stoffreste, rechte bunte, Papierabfälle. Wenn ihr dann eine freie

Arbeitermütter!

Meldet eure Schulanfänger nicht für den Religions-Unterricht an!

Stunde habt gegen Abend oder am Sonntag, bastelt mit euren Kindern. Schneidet, hämmert, leimt. In der freien Arbeit liegt dem Kinde der Genuß. Nicht im fertigen Ding. Das Kind lernt hierbei manches begreifen, wenn es selber mit zugreifen muß, und es will ja sogar. In der Selbsttätigkeit des Kindes liegt der Keim zur späteren Selbstständigkeit. Ihr baut ein Puppentheater aus der Eierkiste. Die Möbel dazu baut ihr selbst, die Kuliszen malt ihr selbst, die Puppen „wurschtelt“ ihr selbst zusammen. Kein gekauftes Puppenkopf — alles eigener Entwurf.

„It das Ganze „fertig“ — glaubt, es wird mit mehr Verständnis gehalten — „man“ kennt die Schwierigkeiten, die zu seiner Vollendung führten. Aber das Beste dabei — das Ding wird überhaupt nicht „fertig“. Nun kommt erst das Theater spielen. Waren die Kinder bei Papa Kleiner, so wird nachgehakt — ganz gut — aber weiter: die Kinder werden weiter erfinden, dichten und denken. Die Kinder lernen reden, lernen sich ausdrücken, prägen sich etwas ein und stärken damit ihr Gedächtnis und schärfen den Verstand. „Des Kindes Arbeit ist sein Spiel“, sagte Professor Bunt, der große Psychologe, und nun denke nicht, daß dieses Puppenpiel eine Spielerei sei — wenn das Kind durch diese Sache im innersten Interesse gepackt wird, dann lernt es damit viel, und zwar ohne Zwang — „es hilft das Lernen als eine Kraft und trägt es nicht als eine Last“.

Kaufe deinem Kinde Papierblätter, Blei- und Buntstifte, vieleicht auch Farben und Pinsel. Die üblichen Zeichenblätter sind zu teuer und auch gar nicht nötig — einfaches Schreibpapier, für Bleistiftzeichnungen genügt auch ungeleimtes Zeitungspapier. Dazu lebst ihr euch eine Sammelmappe, worin die „Bilder“ aufbewahrt werden. An dieser Sammlung könnt ihr die geistige Entwicklung eures Kindes verfolgen. Die meisten Menschen gehören dem visuellen Auffassungstyp an, das heißt, sie erfassen ihre Umwelt mit den Augen. Ich habe die Beobachtung gemacht, daß selbst Kinder, die erst nicht zeichnen, nach und nach, nachdem sie die andern „malen“ haben, auch anfangen und zuletzt ihre Sache ganz nett machen. Die allermeisten zeichnen von vornherein gern. Bleibt nicht beim Nachzeichnen, Durchpausen, sondern stellt selbst dar. Leicht wird der Einwurf gemacht, die Kinder sehen nicht die Körper, sie sehen Linien, aber das ist meines Erachtens für ein normales Kind keine besondere Erschwernis — sie lernen auch das „Nichtzeichnen“ unmerklich, überwachend.

Hast du einen alten Eimer, Topf oder eine etwas feste Kiste, so besorge mit deinen Kindern zusammen Lehm oder Ton. Unglaublich gern kneten die Kinder im Lehm. Sie formen Tiere und Menschen und Dinge mit großer Freude und zunehmender Geschicklichkeit — sie verfallen da gewissermaßen dem Atomismus. Sie durchlaufen die Entwicklung, die unsre Vorfahren gegangen sind, als sie sich ihre Gefäße selbst herstellten. Natürlich keine empfindlichen Kleider anziehen und Waschgelegenheiten schaffen! Auch bei diesem Spiel wird viel gelernt und es geht nichts entzwei. Mancher nachmalige Künstler und Plastiker hat mit Lehmfingern begonnen, aber auch derjenige, der in andre Berufe geht wird hier fingerfertig.

Der Mensch ist doch ein trauriges Bild, dem die Finger im Wege sind, und ich habe neulich längere Zeit einem Handwerker zusehen, der seinen Hobel und seine Säge so handhabte, daß

man spürte, der kennt sein Material — in jedem Griff lag Verständnis und Pflege.

Buntes Papier von Klebmalzetteln, Schere, Lineal, Kleister schaffe deinem Kinde. Wenn ihr dann die Puppenstube baut, macht ihr die Tapete mit eigenen Mustern selbst. Ja, das laßt man doch billiger! Ja, aber verzieht! Nicht im fertigen Ding, sondern in der Verarbeitung liegt der Reiz für das Kind. Unter Hungerlöhnen, unter Seuzen werden die Spielwaren hergestellt — hier wird es Genuß — und die Heimarbeiterrinnen und Heimarbeiter oder die Fabrikgenossen mühen einer Arbeit zugeführt werden, die Kinder nicht leisten könnten. Im Kriege sind doch auch Betriebe umgestellt worden. Wenn ihr nun das Prinzip erkannt habt, das ich euch nur an den wenigen Beispielen veranschaulicht habe, werdet ihr nicht allzu schwer andre Beschäftigungen für eure Kinder finden und ihnen bei der Materialbeschaffung behilflich sein.

Doch will ich für den weiteren Ausbau noch einige Hinweise geben: Malt mit euren Kindern ein Bilderbuch, brudt mit Hilfe einer kleinen Druckerei Verschen oder sonstigen Text dazu, sammelt Gedichte und Aufsätze aus Zeitungen in Wappen, sammelt Früchte wie Eichen, Bucheckern, „Ahornäpfel“, Jagdbullen, alterhand schöne Blätter, die ihr in einer selbstgefertigten Presse (zwei Bretter mit Durchstechrauben und Krügelmuttern) trocknet und dann auf Papier zieht (zur Verwendung beim Zeichnen), sammelt Bilder und Ansichtskarten, sammelt Muscheln und Käfer.

Wenn ihr aber doch noch etwas kaufen müßt, die Kinder spielen gern Kaufmann. Also schafft an: Eine wirkliche brauchbare Waage mit richtigen Gewichten, dazu selbstgefertigte Tüten und gereinigten Steinen. Der Laden ist ideal und bildet — besonders praktisches Rechnen. Ihr werdet bald mitspielen und nicht bloß kontrollieren. Laßt Rechnungen ausstellen. Ich hab's ausprobiert, ihr könnt mir's glauben — ich schwage ja aus meiner Schule.

Sind die Kinder musikalisch, dann her mit der Harmonika aller Arten, Mandoline, Violine, Gitarre, Laute. Aber nicht quäsen — nicht die Kinder — nicht die Nachbarschaft! Mir fällt eben die Trommel ein — und da will ich noch etwas bemerken, was in einem sozialistischen Platte eigentlich überflüssig ist — „Trommel, Säbel und noch mehr, ja ein ganzes Regiment“ — sollten wir nicht haben. Weißsoßaten werden leider noch immer gekauft.

Gegen Weihnachten lassen Bücherausstellungen zu sehen sein. Zum Buch ist die Menschheit erst spät gekommen — es ist Krönung und Extakt. Gesunde Kinder schwärzen erst in späteren Jahren. Kauft nur Bücher, die zu neuer Arbeit anregen, etwa Tierbücher zum Nachzeichnen und Abspelchen, naturgeschichtliche Schriften, Bastelbücher, für weitere Forschungsarbeiten und Lebensbeschreibungen, Auktorenbiographien, Grimms oder Beckstins Märchen, um sie im Puppentheater darzustellen, Niederlassungen für die Instrumente und zum Singen.

Wer hier aber nicht sicher ist im Urteil, nehme Verzeichnisse vom Arbeiter-Bildungsinstitut und vom Leipziger Lehrerverein zur Hand — durch Bücher wird viel Gift in die Kinder getragen, das sich sehr schwer wieder ausschleibt.

Solche Zeitungsaufsätze, wie der meinte, werden hoffentlich in absehbarer Zeit überflüssig — dann nämlich, wenn die Schule mit den Eltern so verwächst, daß auch Eltern wieder mit zur Schule kommen und mit den Lehrern und mit ihren eigenen Kindern in Gemeinschaft eine neue Bildung erarbeiten, eine Bildung, die auf brüderlicher, sozialistischer Grundlage die Bedingungen schafft, daß jeder vernünftige Mensch von selbst zu erkennen vermag, was sich und den andern nützt, so daß jeder gesunde Erwachsene Erzieher an sich und den andern ist und daß jeder dem andern schenkt, was ihm fördert und erfreut.

O. P.

Eine neue Nationalheilige.

Die Leipziger Abendpost brachte vor einigen Tagen einen Artikel über unsere Kaiserin. Da Deutschland keine Monarchie ist und daher auch keine Kaiserin hat, so war schon die Ueberschrift ein provozierendes Bekenntnis zum Monarchismus. Derzufolge hält den monarchistischen Verschwörern die Stange; er unterstützt in frecher Weise die Bestrebungen der Gegenrevolution. Der Inhalt des Artikels erstreckte sich auf die verstorbene ehemalige Kaiserin, er war ganz dazu angetan, auf die Tränendrüsen alter Stiftdamen zu wirken. Es war die Rede von dem „armen und einsamen Gemacht“ in Doorn, von der „stillen Duderin“, die „legend durch die Armut und trostpendend durch die Krankenfürsorge geschritten“, die „von Strapazen tausender Lazarettbesuche erkrankt, vor Kummer über ihres Vaterlandes Niederbruch selber zusammengebrochen und in der Fremde aus Heilmittelsucht an gebrochenem Herzen dahingeleicht“ wäre. Die Frau wird verglichen mit der „unvergesslichen Preußenkönigin Luise“.

Es wird also der Versuch unternommen, aus der verstorbenen Erzkaizerin eine Nationalheilige zu machen. Da möchten wir doch darauf hinweisen, daß die Krankenfürsorge im Kriege lediglich den Zweck hatten, für den Monarchismus Propaganda zu machen. Der Niederbruch Deutschlands ist verschuldet durch die imperialistische Politik der herrschenden Klassen, an deren Spitze der ehemalige Kaiser stand. Die „stille Duderin“ war bis zum Schluß des Krieges wohlverpflegt mit vielen Zentnern der wertvollsten Nahrungsmittel, die im Schlosse gefunden wurden. Ihre Söhne befanden sich während des ganzen Krieges stets hinter der Front. In Doorn hat die Familie Hohenzollern viele Millionen Mark verbraucht, also keine Not gekannt. Während den armen Männern und Frauen von ihrem Lohn unbarmherzig die Steuern abgezogen werden, hat die Familie Hohenzollern, deren Vermögen auf eine Milliarde Mark beziffert wird, bis auf den heutigen Tag in Deutschland noch nicht einen Pfennig Steuern bezahlt!

Der Vergleich mit der Königin Luise ist kein geschickter monarchistischer Gedanke. Diese Frau war es, die gegen die Minister intrigierte, die für den Fortschritt waren. Sie bekam es fertig, in einer Zeit, in der Millionen Menschen hungerten, zu schreiben, zum Mittagessen hätten sie vier Gänge, zum Abendessen drei, und das wäre alles. Sie lebten von der Luft. Diese Frau war es, die trotz des Abtrains der Minister eine Bergungswelle nach Petersburg unternahm und hierzu Gelder verschwendete, die zum Wiederaufbau vom Krieg verwüsteter masureischer Bauernwirtschaften bestimmt waren. Die Königin Luise war keine Nationalheilige, und ebenso wenig war es die verstorbene ehemalige Kaiserin. Trotzdem wird die nationalistische Presse sie weiter anheimeln, und sie wird ihr Publikum finden, das diese Legenden glaubt. Der abgetatete Monarchismus kommt aber in Deutschland nicht mehr hoch. Dafür sorgt die starke sozialistische Arbeiterbewegung.

Genossinnen! Wariert unter den Haus-Angestellten für die Liste Seger-Müchtern!

Reichstag.

Berlin, 3. November.

Vizepräsident Nieger gibt bei Eröffnung der Sitzung einige Neuchengänge bekannt.

Zu den Interpellationen Strejwara (D. Sp.), betreffend Vorkommnisse in der Pfalz, Müller-Franten (SPD), betreffend Verleumdung der Wägen deutscher Herkunft...

Abg. Kaiser (SPD): Nach dem Lohnbeschlagnahmengesetz kann von dem Lohn der über 1500 M. pro Jahr hinausgehende Betrag von einem Gläubiger beschlagnahmt werden.

Rechtsjustizminister Dr. Radbruch: Gegenwärtig liegt dem Kabinett ein Gesetzentwurf fertig vor, der das gleiche Ziel, nur auf anderem Wege verfolgt.

Abg. Warmuth (Dem.): beklagt die Tendenz des Antrages zurückzugehen. Das sei nicht nur notwendig für die Arbeiter, sondern in mindestens demselben Grade auch für die Beamten.

Abg. Walzahn (Komm. Arb.): beantragt, die Grenze statt auf 15 000 M. auf 24 000 M. auszubehalten.

Abg. Goldmann (USP.): Die Heraushebung der Unpfändbarkeitsgrenze ist unbedingt erforderlich. Die immer weiter fortschreitende Geldentwertung macht das unumgänglich.

Damit ist die Debatte erledigt. Der Antrag wird dem Rechtsausschuss überwiesen.

Es folgt die Beratung des von der Fraktion der USP eingebrachten Gesetzentwurfs, betreffend Wertschätzungssteuer.

Abg. Gohlein (Dem.) begründet einen Antrag, in dem die Regierung aufgefordert wird, mit allem Nachdruck die Veranlagung und Erhebung der Reichseinkommensteuer voranzutreiben.

Staatssekretär im Reichsfinanzministerium Zopf: Ich kann versichern, daß von der Regierung alles getan ist, die Veranlagungen zu Ende zu bringen.

Abg. Altekotte (Zent.): Zweifellos hätte das Reich ganz beträchtliche Beträge mehr bekommen, wenn die Veranlagung nicht so langsam voranginge.

Vizepräsident Nieger verliest folgenden Antrag der Fraktion der USP:

Der Reichstag wolle beschließen: Die Regierung zu ersuchen, unverzüglich eine Verordnung zu erlassen, durch die bestimmt wird, daß

1. jeder Einkommensteuerpflichtige die auf Grund seiner Einkommensteuererklärung für das Jahr 1920 zu entrichtende Steuer alsobald abzuführen hat.

Die von den Lohn- und Gehaltsempfängern im Steuerjahr 1920 auf Grund des Lohngesetzes zurückgezahlten Beträge mit der allergrößten Beschleunigung zurückgezahlt werden.

Abg. Dr. Herz (USP): Die Verhältnisse und Schwierigkeiten der Finanzämter sind gewiß groß, aber die Verzögerung ist nicht nur aus sachlichen, sondern auch aus anderen Gründen eingetreten, durch Masseneinsprüche der Veranlagten, Einsprüche, die erfolgt sind, weil andere Steuerberatungsgesellschaften, große Teile der Bevölkerung der Industrie und der Landwirtschaft allgemeine Anweisungen an ihre Mitglieder gegeben haben, ganz gleich, wie das Ergebnis der Veranlagung ausfallen möge.

Abg. Dr. Herz (USP): Die Verhältnisse und Schwierigkeiten der Finanzämter sind gewiß groß, aber die Verzögerung ist nicht nur aus sachlichen, sondern auch aus anderen Gründen eingetreten, durch Masseneinsprüche der Veranlagten, Einsprüche, die erfolgt sind, weil andere Steuerberatungsgesellschaften, große Teile der Bevölkerung der Industrie und der Landwirtschaft allgemeine Anweisungen an ihre Mitglieder gegeben haben, ganz gleich, wie das Ergebnis der Veranlagung ausfallen möge.

Abg. Dr. Herz (USP): Die Verhältnisse und Schwierigkeiten der Finanzämter sind gewiß groß, aber die Verzögerung ist nicht nur aus sachlichen, sondern auch aus anderen Gründen eingetreten, durch Masseneinsprüche der Veranlagten, Einsprüche, die erfolgt sind, weil andere Steuerberatungsgesellschaften, große Teile der Bevölkerung der Industrie und der Landwirtschaft allgemeine Anweisungen an ihre Mitglieder gegeben haben, ganz gleich, wie das Ergebnis der Veranlagung ausfallen möge.

Abg. Dr. Herz (USP): Die Verhältnisse und Schwierigkeiten der Finanzämter sind gewiß groß, aber die Verzögerung ist nicht nur aus sachlichen, sondern auch aus anderen Gründen eingetreten, durch Masseneinsprüche der Veranlagten, Einsprüche, die erfolgt sind, weil andere Steuerberatungsgesellschaften, große Teile der Bevölkerung der Industrie und der Landwirtschaft allgemeine Anweisungen an ihre Mitglieder gegeben haben, ganz gleich, wie das Ergebnis der Veranlagung ausfallen möge.

Abg. Dr. Herz (USP): Die Verhältnisse und Schwierigkeiten der Finanzämter sind gewiß groß, aber die Verzögerung ist nicht nur aus sachlichen, sondern auch aus anderen Gründen eingetreten, durch Masseneinsprüche der Veranlagten, Einsprüche, die erfolgt sind, weil andere Steuerberatungsgesellschaften, große Teile der Bevölkerung der Industrie und der Landwirtschaft allgemeine Anweisungen an ihre Mitglieder gegeben haben, ganz gleich, wie das Ergebnis der Veranlagung ausfallen möge.

Abg. Dr. Herz (USP): Die Verhältnisse und Schwierigkeiten der Finanzämter sind gewiß groß, aber die Verzögerung ist nicht nur aus sachlichen, sondern auch aus anderen Gründen eingetreten, durch Masseneinsprüche der Veranlagten, Einsprüche, die erfolgt sind, weil andere Steuerberatungsgesellschaften, große Teile der Bevölkerung der Industrie und der Landwirtschaft allgemeine Anweisungen an ihre Mitglieder gegeben haben, ganz gleich, wie das Ergebnis der Veranlagung ausfallen möge.

Abg. Dr. Herz (USP): Die Verhältnisse und Schwierigkeiten der Finanzämter sind gewiß groß, aber die Verzögerung ist nicht nur aus sachlichen, sondern auch aus anderen Gründen eingetreten, durch Masseneinsprüche der Veranlagten, Einsprüche, die erfolgt sind, weil andere Steuerberatungsgesellschaften, große Teile der Bevölkerung der Industrie und der Landwirtschaft allgemeine Anweisungen an ihre Mitglieder gegeben haben, ganz gleich, wie das Ergebnis der Veranlagung ausfallen möge.

Abg. Dr. Herz (USP): Die Verhältnisse und Schwierigkeiten der Finanzämter sind gewiß groß, aber die Verzögerung ist nicht nur aus sachlichen, sondern auch aus anderen Gründen eingetreten, durch Masseneinsprüche der Veranlagten, Einsprüche, die erfolgt sind, weil andere Steuerberatungsgesellschaften, große Teile der Bevölkerung der Industrie und der Landwirtschaft allgemeine Anweisungen an ihre Mitglieder gegeben haben, ganz gleich, wie das Ergebnis der Veranlagung ausfallen möge.

Abg. Dr. Herz (USP): Die Verhältnisse und Schwierigkeiten der Finanzämter sind gewiß groß, aber die Verzögerung ist nicht nur aus sachlichen, sondern auch aus anderen Gründen eingetreten, durch Masseneinsprüche der Veranlagten, Einsprüche, die erfolgt sind, weil andere Steuerberatungsgesellschaften, große Teile der Bevölkerung der Industrie und der Landwirtschaft allgemeine Anweisungen an ihre Mitglieder gegeben haben, ganz gleich, wie das Ergebnis der Veranlagung ausfallen möge.

Ursache der Verzögerung liegt nicht nur in der Umgestaltung der Verwaltung, sondern auch an der Sabotage der Zahlungsfähigen.

Abg. Beyer-Bessen (D. Sp.): Bei der Beschlussfassung über den Antrag Agnes und Genossen auf Erhöhung der Börsensteuer herrschte eine solche Einmütigkeit hier im Hause, daß man schon von einer Koalition von Helfern bis zu den Kommunisten sprechen kann.

Darauf wird der Antrag auf Heberweisung der Anträge Gohlein und Agnes und Genossen an den Steuerausschuss angenommen.

Eine Interpellation Müller-Franten (SPD) ist eingegangen betreffend Entlassungsmaßnahmen zur Einstellung deutscher Betriebe.

Abg. Beyer-Bessen (D. Sp.): Die Verhältnisse und Schwierigkeiten der Finanzämter sind gewiß groß, aber die Verzögerung ist nicht nur aus sachlichen, sondern auch aus anderen Gründen eingetreten, durch Masseneinsprüche der Veranlagten, Einsprüche, die erfolgt sind, weil andere Steuerberatungsgesellschaften, große Teile der Bevölkerung der Industrie und der Landwirtschaft allgemeine Anweisungen an ihre Mitglieder gegeben haben, ganz gleich, wie das Ergebnis der Veranlagung ausfallen möge.

Abg. Beyer-Bessen (D. Sp.): Die Verhältnisse und Schwierigkeiten der Finanzämter sind gewiß groß, aber die Verzögerung ist nicht nur aus sachlichen, sondern auch aus anderen Gründen eingetreten, durch Masseneinsprüche der Veranlagten, Einsprüche, die erfolgt sind, weil andere Steuerberatungsgesellschaften, große Teile der Bevölkerung der Industrie und der Landwirtschaft allgemeine Anweisungen an ihre Mitglieder gegeben haben, ganz gleich, wie das Ergebnis der Veranlagung ausfallen möge.

Abg. Beyer-Bessen (D. Sp.): Die Verhältnisse und Schwierigkeiten der Finanzämter sind gewiß groß, aber die Verzögerung ist nicht nur aus sachlichen, sondern auch aus anderen Gründen eingetreten, durch Masseneinsprüche der Veranlagten, Einsprüche, die erfolgt sind, weil andere Steuerberatungsgesellschaften, große Teile der Bevölkerung der Industrie und der Landwirtschaft allgemeine Anweisungen an ihre Mitglieder gegeben haben, ganz gleich, wie das Ergebnis der Veranlagung ausfallen möge.

Abg. Beyer-Bessen (D. Sp.): Die Verhältnisse und Schwierigkeiten der Finanzämter sind gewiß groß, aber die Verzögerung ist nicht nur aus sachlichen, sondern auch aus anderen Gründen eingetreten, durch Masseneinsprüche der Veranlagten, Einsprüche, die erfolgt sind, weil andere Steuerberatungsgesellschaften, große Teile der Bevölkerung der Industrie und der Landwirtschaft allgemeine Anweisungen an ihre Mitglieder gegeben haben, ganz gleich, wie das Ergebnis der Veranlagung ausfallen möge.

Abg. Beyer-Bessen (D. Sp.): Die Verhältnisse und Schwierigkeiten der Finanzämter sind gewiß groß, aber die Verzögerung ist nicht nur aus sachlichen, sondern auch aus anderen Gründen eingetreten, durch Masseneinsprüche der Veranlagten, Einsprüche, die erfolgt sind, weil andere Steuerberatungsgesellschaften, große Teile der Bevölkerung der Industrie und der Landwirtschaft allgemeine Anweisungen an ihre Mitglieder gegeben haben, ganz gleich, wie das Ergebnis der Veranlagung ausfallen möge.

Abg. Beyer-Bessen (D. Sp.): Die Verhältnisse und Schwierigkeiten der Finanzämter sind gewiß groß, aber die Verzögerung ist nicht nur aus sachlichen, sondern auch aus anderen Gründen eingetreten, durch Masseneinsprüche der Veranlagten, Einsprüche, die erfolgt sind, weil andere Steuerberatungsgesellschaften, große Teile der Bevölkerung der Industrie und der Landwirtschaft allgemeine Anweisungen an ihre Mitglieder gegeben haben, ganz gleich, wie das Ergebnis der Veranlagung ausfallen möge.

Abg. Beyer-Bessen (D. Sp.): Die Verhältnisse und Schwierigkeiten der Finanzämter sind gewiß groß, aber die Verzögerung ist nicht nur aus sachlichen, sondern auch aus anderen Gründen eingetreten, durch Masseneinsprüche der Veranlagten, Einsprüche, die erfolgt sind, weil andere Steuerberatungsgesellschaften, große Teile der Bevölkerung der Industrie und der Landwirtschaft allgemeine Anweisungen an ihre Mitglieder gegeben haben, ganz gleich, wie das Ergebnis der Veranlagung ausfallen möge.

Abg. Beyer-Bessen (D. Sp.): Die Verhältnisse und Schwierigkeiten der Finanzämter sind gewiß groß, aber die Verzögerung ist nicht nur aus sachlichen, sondern auch aus anderen Gründen eingetreten, durch Masseneinsprüche der Veranlagten, Einsprüche, die erfolgt sind, weil andere Steuerberatungsgesellschaften, große Teile der Bevölkerung der Industrie und der Landwirtschaft allgemeine Anweisungen an ihre Mitglieder gegeben haben, ganz gleich, wie das Ergebnis der Veranlagung ausfallen möge.

Abg. Beyer-Bessen (D. Sp.): Die Verhältnisse und Schwierigkeiten der Finanzämter sind gewiß groß, aber die Verzögerung ist nicht nur aus sachlichen, sondern auch aus anderen Gründen eingetreten, durch Masseneinsprüche der Veranlagten, Einsprüche, die erfolgt sind, weil andere Steuerberatungsgesellschaften, große Teile der Bevölkerung der Industrie und der Landwirtschaft allgemeine Anweisungen an ihre Mitglieder gegeben haben, ganz gleich, wie das Ergebnis der Veranlagung ausfallen möge.

Abg. Beyer-Bessen (D. Sp.): Die Verhältnisse und Schwierigkeiten der Finanzämter sind gewiß groß, aber die Verzögerung ist nicht nur aus sachlichen, sondern auch aus anderen Gründen eingetreten, durch Masseneinsprüche der Veranlagten, Einsprüche, die erfolgt sind, weil andere Steuerberatungsgesellschaften, große Teile der Bevölkerung der Industrie und der Landwirtschaft allgemeine Anweisungen an ihre Mitglieder gegeben haben, ganz gleich, wie das Ergebnis der Veranlagung ausfallen möge.

Abg. Beyer-Bessen (D. Sp.): Die Verhältnisse und Schwierigkeiten der Finanzämter sind gewiß groß, aber die Verzögerung ist nicht nur aus sachlichen, sondern auch aus anderen Gründen eingetreten, durch Masseneinsprüche der Veranlagten, Einsprüche, die erfolgt sind, weil andere Steuerberatungsgesellschaften, große Teile der Bevölkerung der Industrie und der Landwirtschaft allgemeine Anweisungen an ihre Mitglieder gegeben haben, ganz gleich, wie das Ergebnis der Veranlagung ausfallen möge.

Abg. Beyer-Bessen (D. Sp.): Die Verhältnisse und Schwierigkeiten der Finanzämter sind gewiß groß, aber die Verzögerung ist nicht nur aus sachlichen, sondern auch aus anderen Gründen eingetreten, durch Masseneinsprüche der Veranlagten, Einsprüche, die erfolgt sind, weil andere Steuerberatungsgesellschaften, große Teile der Bevölkerung der Industrie und der Landwirtschaft allgemeine Anweisungen an ihre Mitglieder gegeben haben, ganz gleich, wie das Ergebnis der Veranlagung ausfallen möge.

Abg. Beyer-Bessen (D. Sp.): Die Verhältnisse und Schwierigkeiten der Finanzämter sind gewiß groß, aber die Verzögerung ist nicht nur aus sachlichen, sondern auch aus anderen Gründen eingetreten, durch Masseneinsprüche der Veranlagten, Einsprüche, die erfolgt sind, weil andere Steuerberatungsgesellschaften, große Teile der Bevölkerung der Industrie und der Landwirtschaft allgemeine Anweisungen an ihre Mitglieder gegeben haben, ganz gleich, wie das Ergebnis der Veranlagung ausfallen möge.

Abg. Beyer-Bessen (D. Sp.): Die Verhältnisse und Schwierigkeiten der Finanzämter sind gewiß groß, aber die Verzögerung ist nicht nur aus sachlichen, sondern auch aus anderen Gründen eingetreten, durch Masseneinsprüche der Veranlagten, Einsprüche, die erfolgt sind, weil andere Steuerberatungsgesellschaften, große Teile der Bevölkerung der Industrie und der Landwirtschaft allgemeine Anweisungen an ihre Mitglieder gegeben haben, ganz gleich, wie das Ergebnis der Veranlagung ausfallen möge.

Abg. Beyer-Bessen (D. Sp.): Die Verhältnisse und Schwierigkeiten der Finanzämter sind gewiß groß, aber die Verzögerung ist nicht nur aus sachlichen, sondern auch aus anderen Gründen eingetreten, durch Masseneinsprüche der Veranlagten, Einsprüche, die erfolgt sind, weil andere Steuerberatungsgesellschaften, große Teile der Bevölkerung der Industrie und der Landwirtschaft allgemeine Anweisungen an ihre Mitglieder gegeben haben, ganz gleich, wie das Ergebnis der Veranlagung ausfallen möge.

Abg. Beyer-Bessen (D. Sp.): Die Verhältnisse und Schwierigkeiten der Finanzämter sind gewiß groß, aber die Verzögerung ist nicht nur aus sachlichen, sondern auch aus anderen Gründen eingetreten, durch Masseneinsprüche der Veranlagten, Einsprüche, die erfolgt sind, weil andere Steuerberatungsgesellschaften, große Teile der Bevölkerung der Industrie und der Landwirtschaft allgemeine Anweisungen an ihre Mitglieder gegeben haben, ganz gleich, wie das Ergebnis der Veranlagung ausfallen möge.

Abg. Beyer-Bessen (D. Sp.): Die Verhältnisse und Schwierigkeiten der Finanzämter sind gewiß groß, aber die Verzögerung ist nicht nur aus sachlichen, sondern auch aus anderen Gründen eingetreten, durch Masseneinsprüche der Veranlagten, Einsprüche, die erfolgt sind, weil andere Steuerberatungsgesellschaften, große Teile der Bevölkerung der Industrie und der Landwirtschaft allgemeine Anweisungen an ihre Mitglieder gegeben haben, ganz gleich, wie das Ergebnis der Veranlagung ausfallen möge.

Abg. Beyer-Bessen (D. Sp.): Die Verhältnisse und Schwierigkeiten der Finanzämter sind gewiß groß, aber die Verzögerung ist nicht nur aus sachlichen, sondern auch aus anderen Gründen eingetreten, durch Masseneinsprüche der Veranlagten, Einsprüche, die erfolgt sind, weil andere Steuerberatungsgesellschaften, große Teile der Bevölkerung der Industrie und der Landwirtschaft allgemeine Anweisungen an ihre Mitglieder gegeben haben, ganz gleich, wie das Ergebnis der Veranlagung ausfallen möge.

Abg. Beyer-Bessen (D. Sp.): Die Verhältnisse und Schwierigkeiten der Finanzämter sind gewiß groß, aber die Verzögerung ist nicht nur aus sachlichen, sondern auch aus anderen Gründen eingetreten, durch Masseneinsprüche der Veranlagten, Einsprüche, die erfolgt sind, weil andere Steuerberatungsgesellschaften, große Teile der Bevölkerung der Industrie und der Landwirtschaft allgemeine Anweisungen an ihre Mitglieder gegeben haben, ganz gleich, wie das Ergebnis der Veranlagung ausfallen möge.

Abg. Beyer-Bessen (D. Sp.): Die Verhältnisse und Schwierigkeiten der Finanzämter sind gewiß groß, aber die Verzögerung ist nicht nur aus sachlichen, sondern auch aus anderen Gründen eingetreten, durch Masseneinsprüche der Veranlagten, Einsprüche, die erfolgt sind, weil andere Steuerberatungsgesellschaften, große Teile der Bevölkerung der Industrie und der Landwirtschaft allgemeine Anweisungen an ihre Mitglieder gegeben haben, ganz gleich, wie das Ergebnis der Veranlagung ausfallen möge.

Abg. Beyer-Bessen (D. Sp.): Die Verhältnisse und Schwierigkeiten der Finanzämter sind gewiß groß, aber die Verzögerung ist nicht nur aus sachlichen, sondern auch aus anderen Gründen eingetreten, durch Masseneinsprüche der Veranlagten, Einsprüche, die erfolgt sind, weil andere Steuerberatungsgesellschaften, große Teile der Bevölkerung der Industrie und der Landwirtschaft allgemeine Anweisungen an ihre Mitglieder gegeben haben, ganz gleich, wie das Ergebnis der Veranlagung ausfallen möge.

Abg. Beyer-Bessen (D. Sp.): Die Verhältnisse und Schwierigkeiten der Finanzämter sind gewiß groß, aber die Verzögerung ist nicht nur aus sachlichen, sondern auch aus anderen Gründen eingetreten, durch Masseneinsprüche der Veranlagten, Einsprüche, die erfolgt sind, weil andere Steuerberatungsgesellschaften, große Teile der Bevölkerung der Industrie und der Landwirtschaft allgemeine Anweisungen an ihre Mitglieder gegeben haben, ganz gleich, wie das Ergebnis der Veranlagung ausfallen möge.

Abg. Beyer-Bessen (D. Sp.): Die Verhältnisse und Schwierigkeiten der Finanzämter sind gewiß groß, aber die Verzögerung ist nicht nur aus sachlichen, sondern auch aus anderen Gründen eingetreten, durch Masseneinsprüche der Veranlagten, Einsprüche, die erfolgt sind, weil andere Steuerberatungsgesellschaften, große Teile der Bevölkerung der Industrie und der Landwirtschaft allgemeine Anweisungen an ihre Mitglieder gegeben haben, ganz gleich, wie das Ergebnis der Veranlagung ausfallen möge.

Abg. Beyer-Bessen (D. Sp.): Die Verhältnisse und Schwierigkeiten der Finanzämter sind gewiß groß, aber die Verzögerung ist nicht nur aus sachlichen, sondern auch aus anderen Gründen eingetreten, durch Masseneinsprüche der Veranlagten, Einsprüche, die erfolgt sind, weil andere Steuerberatungsgesellschaften, große Teile der Bevölkerung der Industrie und der Landwirtschaft allgemeine Anweisungen an ihre Mitglieder gegeben haben, ganz gleich, wie das Ergebnis der Veranlagung ausfallen möge.

Abg. Beyer-Bessen (D. Sp.): Die Verhältnisse und Schwierigkeiten der Finanzämter sind gewiß groß, aber die Verzögerung ist nicht nur aus sachlichen, sondern auch aus anderen Gründen eingetreten, durch Masseneinsprüche der Veranlagten, Einsprüche, die erfolgt sind, weil andere Steuerberatungsgesellschaften, große Teile der Bevölkerung der Industrie und der Landwirtschaft allgemeine Anweisungen an ihre Mitglieder gegeben haben, ganz gleich, wie das Ergebnis der Veranlagung ausfallen möge.

Einige Extra-Angebote:

- Chrom-Chevr.-Damen-Schnürhalbschuhe mit Lackkappe 130.-
Ross-Chevr.-Damen-Spang weiß unterlegt 198.-
Chevr.-Vorder-spangenschuhe, apertes Modell 198.-
Chevrolet-Laschenschuhe mit Spannriemen 198.-
Chroml.-Dam.-Knöchelspangschuhe 198.-
R.-Chevr.-Da.-Schnürstiefel, Derby-Lackpp 238.-
R.-Chevr.-Herr.-Schnürstiefel, Derby-Lackpp 258.-

Damenschuhe mit flachen Absätzen

- Rindbox-Damen-Schnürhalbschuhe 198.-
Echt Chevreau- u. Rindbox-Damen-Schnürstiefel 295.-

Dr. Diehl-Stiefel
Ein Stiefel, der nicht drückt, ein Stiefel, der beglückt!
Ballenheil = Weitschaft
295.- 375.- 395.-
soweit Vorrat.

Stordheimer

Ballschuhe, Gesellschaftsstiefel

- schwarze Satin-Damen-Spang-Schuhe 68.-
Schw. u. farbige Wildled.-Dam.-Halbschuhe 295.-
schwarze Atlas-Damen-Spang-Schuhe 172.-
Lack-Herren-Pumps 350.-
Lack-Damen-Spang-Schuhe 238.-
Lack-Herren-Schnürhalbsch. in Qualität 395.-
Lack-Damen-Knöch.-Spang-Schuhe, el. Form 295.-
Lack-Herren-Schnürstiefel in erstkl. Ausführung 395.-
Lack-Damen-Schnürhalbsch. 295.-

Tuch-Gamaschen

- soweit Vorrat - dunkle Farben
Herren 24.50 Damen 29.50

Es kommen dann Anträge und Anfragen.

Kartoffelversorgung

Betreffend, zur Vorbereitung.

Abg. Siemert (Komm.) begründet den Antrag seiner Fraktion auf Fest- und Sicherstellung der vorhandenen Kartoffelmengen unter Kontrolle der Güter- und Betriebsräte, Übernahme der Kartoffelversorgung durch die Gemeinden; Wahl von Kontrollkommissionen aus Land- und Industriearbeitern zur Bekämpfung des Kartoffelmangels und Überwachung der Kontrollkommissionen; Höchstpreise für Erzeuger und Freiheitsstrafen für Übertretung der Höchstpreise; Verbot des Schnapobrennens aus Kartoffeln. Beim Reiche soll darauf hingewirkt werden, daß die gleichen Maßnahmen für das ganze Reich durchgeführt werden und ein Ausfuhrverbot für Kartoffeln erlassen wird.

Abg. Voigt (D. Rp.) begründet seine Anfrage.

Was hat die Regierung unternommen, um die Versorgung der Bevölkerung mit Kartoffeln zu erschwinglichen Preisen zu sichern?

Abg. Ragenbacher (Dnat.) begründet die Anfrage seiner Partei:

Durch die Presse geht die Nachricht, daß das Wirtschaftsministerium für Sachden Kartoffelhöchstpreise festsetzt, die von dem Preisnotierungsausschuss des Landesbundes der Wirtschaftswissenschaften für den Preisnotierungsausschuss für im Freistaat Sachden gebaute Speisepotatoes entsprechen. Bisher bewegten sich die Notierungen wesentlich unter den im übrigen Deutschland erfolgten Notierungen.

Wird sich die Regierung bemühen, daß durch ihr Vorgehen der Kartoffelversorgung aus dem übrigen Deutschland nach Sachden unterbunden werden?

Wirtschaftsminister Jentsch:

Daß die Wiedereinführung der freien Wirtschaft in der Regierung ihr Einfluß auf die Preisbildung fast vollständig entzogen. Wenn man wenigstens für die Kartoffeln, wie beim Getreide, ein Umfangersystem eingerichtet hätte, wären wir nicht so überflüssig. Die sachliche Regierung hat bisher mit allem Nachdruck gegen die Einführung der freien Wirtschaft für Kartoffeln protestiert, leider vergeblich. Sachden kann höchstens drei Zehntel seines Kartoffelbedarfs im eigenen Lande decken. Gefehlliche Mittel hat die sachliche Regierung nicht und hat deshalb schon seit dem Frühjahr versucht, mit den in Frage kommenden Parteien Vereinbarungen zu treffen; und die Wirtschaftswissenschaften zur Mitarbeit heranzuziehen. Wir wollen den freien Handel möglichst rasch ausschalten, sehen aber ein, daß das sehr nicht recht möglich ist.

Eine Preiskommission wurde schon im Frühjahr gebildet. Es ist der sachlichen Regierung in Verbindung mit den Spitzen der landwirtschaftlichen Organisationen gelungen, Kartoffeln zum Notierungspreise, zum Teil noch darunter, zu erhalten. Es gibt eben ehrliche Landwirte und solche, die durchaus nicht liefern wollen. Die Sache ging so lange, bis Käufer auf dem Plan erschienen, die wahnsinnige Preise boten. Das Wirtschaftsministerium beantragte beim Reiche ein Ausfuhrverbot für Sachden, wurde jedoch abgewiesen.

Ein weiterer Krebsbub sind die industriellen Käufer. -- An die Staatsgüter ist eine Anweisung ergangen, keine Kartoffeln außerhalb Sachdens zu liefern. Der Reichsernährungsminister trat an uns sofort mit dem Ersuchen heran, die Anweisung zurückzunehmen, was wir aber nicht getan haben, da der Staat hier als Produzent auftritt. So bleibt nur übrig, durch Höchstpreisfestsetzung die Ausfuhr der Kartoffeln zu verhindern. Die letzte Notierung, die gestern erfolgte, beträgt für die Bezirke Bauhen, Dresden und Leipzig 48 bis 56 Mk., für die Bezirke Chemnitz und Amtsdau 45 bis 53 Mk. Gegen die bezirksweisen Ausfuhrverbote, z. B. in landwirtschaftlichen Amtshauptmannschaften, ist mit Recht protestiert worden. Um einem Verstum zu begegnen, muß ich sagen, daß die Preise nur für Sachden gelten, und daß die Kartoffeln, die von außerhalb herkommen, natürlich teurer sind.

Die Kartoffelkäufer war wohl kaum in einem Vorjahre so verschieden wie diesmal. Im Westen und Südwesten kann man heute noch nicht schlechter als voriges Jahr.

Ein Brennholz vom Reiche ließ sich nicht durchführen.

Abg. Schöber (SPD.) erklärt, daß die kommunistischen Anträge zum Teil unüberführbar, zum Teil Sache des Reiches sind. -- Redner geht des näheren auf die Kartoffeln ein.

Abg. Donath (D. Rp.): Es gäbe viele Befürher in Sachden, wo die Ernte als Mißernte zu bezeichnen sei.

Abg. Müller-Deppa (USP.): Die Tatsache, daß wir sieben Zehntel unseres Bedarfs an Kartoffeln von auswärtig beziehen, zeigt uns, daß es hauptsächlich Sache des Reiches sein muß, die Kartoffelversorgung zu regeln. Dabei können wir uns in Sachden nicht enthalten. Die Maßnahmen der Regierung bleiben unwirksam. Die Landwirte haben gar nicht die Absicht, zu den jetzt geübten Preisen zu liefern, sondern mühen rücksichtslos die Konjunktur aus. Die schlechtesten Preise sind als Durchschnittspreise zu hoch. Anfragen haben ergeben, daß der Erzeugerpreis 20 bis 25 Mk. beträgt. Der Herr Wirtschaftsminister hat die Landwirte sehr altpflichtig behandelt. Das Entgegenkommen, das ich in der Regierung gemacht wurde, war lediglich von der Furcht diktiert, daß die Arbeiter, wenn sie jetzt nicht mehr mäßigen kann. Die Hungerlosade die im Kriege von den Feinden verübt wurde, ist nichts gegen die Hungerlosade, die von gewissen Kreisen gegen die eigenen Volksgenossen geübt wird. Die Anträge werden sich in diesem Jahre kaum auswirken können. Wir stimmen bei Überweisung der Anträge an den Rechtsausschuss zu, um sie zu einer Handhabe zur Fälligkeit für die nächsten Jahre umzuwandeln. Das Grundübel sehen wir in der freien Konkurrenz und der kapitalistischen Wirtschaft schlechthin. Die Entwicklung wird dahin treiben, daß nach und nach ein Zwang ausgeübt werden muß, um die Überführung dieser Wirtschaft in die sozialistische Gemeinwirtschaft durchzuführen. Dies ist eine unbedingte Notwendigkeit, wenn wir aus den jetzigen Katastrophen herauskommen wollen.

Abg. Claus (Dem.) berührt die Praxis der Landwirte. Scheitert es, als der Redner auf die schon vom Abg. Schöber berührte Tatsache zu sprechen kommt, daß die Landwirte Mitglieder der Deutschnationalen Partei Kartoffeln zu verbilligten Preisen herzugeben haben.

Abg. Nannelsberger (D. Nat.) und Abg. Bauer (D. Rp.) unterstützen die Ausführungen ihrer Fraktionenredner. Wirtschaftsminister Jentsch tritt einigen Vorrednern entgegen und hofft, daß Parlament und Regierung eine Grundlage zu gedeihlicher Arbeit finden.

Danach wird der kommunistische Antrag dem Rechtsausschuss überwiesen.

Nächste Sitzung: Dienstag, 8. November, nachmittags 1 Uhr: Landeskulturkassenbank, Direktor für das Forschungsinstitut für Lederindustrie, Neupreisung des Kultusministeriums Gleichner in einer rechtlichen Verhandlung, Entlassung von Waldarbeitern.

Gewerkschaftsbewegung.

Kommunistische Plunderereien.

Anfang August d. J. wurde in den kommunistischen Zeitungen ein Aufruf: „An die revolutionären Eisen- und Metallarbeiter aller Länder“ veröffentlicht. Der Aufruf stammte von einem „Internationalen Komitee für Propaganda-Organisation“ und war von einer Anzahl Kommunisten aller Länder unterzeichnet. Neben dem Aufruf stand der Name des Sekretärs des norwegischen Metallarbeiterverbandes, Halban Jönsson, unter dem Aufruf.

Es stellt sich nun heraus, daß die Herren Kommunisten wieder einmal gescherzt haben. Jönsson war zwar als Vertreter des norwegischen Metallarbeiterverbandes diesen Sommer in Moskau, hat aber nie an einer Sitzung der omdänischen Propaganda-Organisation teilgenommen. „Leberhaupt“, so erklärt Jönsson in einer Zuschrift an den internationalen Metallarbeiterverband, habe ich an keinen anderen Sitzungen als nur an denjenigen der norwegischen Delegation teilgenommen, um die vorliegenden Kongressfragen zu behandeln. Da mir auch nicht ein derartiger Aufruf zur Behandlung oder zur Unterschrift vorgelegen hat, ist es wohl nur einem „unbewachten Augenblick der Begeisterung“ zuzuschreiben, wenn dieses Komitee unbefugter Weise meinen Namen benutzt, um wenigstens einen Namen auch für Norwegen anzuführen zu können.

men benutzt, um wenigstens einen Namen auch für Norwegen anzuführen zu können.

Es ist natürlich nur ein „Zusatz“, daß der Aufruf „Moskau, den 31. Juli“, datiert ist, d. h. 8 Tage, nachdem ich bereits Moskau verlassen hatte und bereits in Christiania eingetroffen war.

Da ich weder zur Teilnahme als Mitglied dieses Komitees aufgefordert war, noch willens, einem solchen anzugehören, finde ich es „der Ordnung wegen“ notwendig, diese Erklärung zur besseren Orientierung zu veröffentlichen.

Gleichzeitig bitte ich Sie, den Verbänden der Metallarbeiter-Internationalen mitzuteilen, daß ich auf die mir erwiesene Ehre und Aufmerksamkeit von Seiten dieses internationalen „Komitees“ verzichte.

Die Kommunisten haben entschieden Recht. Sie möchten der Welt glauben machen, daß die kommunistischen Gewerkschaftsmethoden in allen Ländern Eingang gefunden haben, regelmäßig kann aber schon nach kurzer Zeit festgestellt werden, daß dies nicht der Fall ist. Lügen haben eben kurze Beine. Trotz der krankhaften Verdrängung der roten Gewerkschaftsinternationalen einige Bedeutung anzudichten oder anzuschwören, bleibt es dabei, daß der Schwerpunkt der internationalen Gewerkschaftsbewegung in Amsterdam liegt und nicht in Moskau.

Neue Klempnerlöhne ab 29. Oktober 1921.

Nach beiderseitig anerkannter Vereinbarung erhalten ab 29. Oktober 1921 Klempnergehälter

über 23 Jahre	9.- Mk. pro Stunde	= 1,60 Mk. Zulage
unter 21 "	8.- "	= 1,60 "
unter 21 "	7.- "	= 1,60 "
im ersten Gehilfenjahre	5,50 "	= 1,30 "

Die vorstehenden Stundenlöhne sind Mindestlöhne, die Zulagen müssen auf die bestehenden Löhne gezahlt werden. Die Auslösung ist von 25 Mk auf 30 Mk erhöht worden. Alle zutage tretenden Differenzen sind im Bureau, Volkshaus, zu melden.
Deutscher Metallarbeiterverband.

Der Landarbeiterstreik in Schlefien erfolgreich beendet.

Der Landarbeiterstreik, der etwa acht Kreise ergriffen hatte und allgemein zu werden drohte, ist, nachdem die vom Vertreter des Oberpräsidenten als Bedingung für Verhandlungen geforderte Wiederaufnahme der Arbeit bis zum 3. November mittags erfolgt ist, durch Verhandlungen beigelegt worden. Den Arbeitern wurde auf den Barlohn ein Zuschlag von 20 Prozent gewährt.

Vom Gasthausstreik in Berlin.

Nachdem die Bemühungen des Demobilisierungskommissars, eine Einigung zwischen den Arbeitgebern und Arbeitnehmern im Gaststättengewerbe herbeizuführen, gescheitert sind, hat sich der Reichsarbeitsminister entschlossen, die Parteien nochmals zu einer gemeinsamen Aussprache im kleinen Kreise einzuladen, um neue Verständigungsmöglichkeiten zu erörtern. Die Verhandlungen sind auf Freitag, nachmittags 4 Uhr, im Reichsarbeitsministerium angefahrt worden.

Forderungen der Berliner Gemeindearbeiter.

Der bestehende Lohnsatz ist von den Gemeindearbeitern Berlins auf den 30. November gekündigt worden. Zugleich ist dem Magistrat die Forderung eingereicht worden, eine einmalige Teuerungszulage in Höhe von 1000 Mk. zur Abhilfe der Notlage zu gewähren. Ferner wird ein Zuschlag auf alle bestehenden Löhne von 3,50 Mk. verlangt. Nach dem geforderten Zuschlag würde sich ein Stundenlohn von circa 10,75 Mk. ergeben, der sich bei den gelehrten Arbeitern noch etwas nach oben hin verziehen würde.

Gerichtssaal.

Landgericht.
Wegen unerlaubter Einkehr von Apfelsinen, Zitronen und Pfirschen in der ersten Hälfte des Jahres 1919 wurde der Gemüsehändler Johannes Edward Kufschlager von der dritten Strafkammer zu einer Geldstrafe von 320 000 Mk. verurteilt.

Fleischzentrale
43 Nürnberger Str. 43
Ecke Sternwartenstr. Fernspr. 393.
Filiale: Leipzig-Schleußig
Blümlerstraße 74

Gefrierfleisch

zum Kochen	Pfd. 4.50, 7.- u. 8.-
zum Braten	Pfd. 9.-
ohne Zulage	Pfd. 10.-

Gehacktes 9.-

Pa. frisches Kalbfleisch Pfd. 11.- bis 12.50
la Gefrierhammel Pfd. 9.-

Leber-, Blut-, Knack-, Sülzowurst Pfd. 14.-
Knoblauchwurst Pfd. 13.-
Bei größerer Entnahme Ermäßigung.
Dauer-Wurstwaren in bekannter Güte.

Günstigste Bezugsquelle für Gastwirtschaften, Pensionen usw.

Bestes Blodschnitz . Pfund 26.00
Prima Margarine (Vorrat bald alle) Pfund 18.00 an
Schnitz u. Margarine zu 18.00, Höchstabgabe bis zu 2 Pfund
Prima süße Marmelade Pfund 4.80
Hochfeiner Zunderhonig 1-Pfund- 4.50
Alle Lebensmittel u. Backartikel zu billig. Tagespreis
Dyck Stötteritzer Straße 8 b
Telephon 4904

la Fussbodenlackfarbe Kz.-Dose 19.00
hl.- u. mittelbraun, hl.- u. dunkelgrau, u. f. K.-Möbel

la Fussbodenlack Kilo 24.00 u. 28.00
Mk.

Enaillelack feinst, blendend weiss 30.00
Kilo-Dose Mk.

Weisse Lackfarbe Kilo-Dose Mk. 24.00
Sämtl. Lacke, hart trocken, nicht abblättern.

Artur Reichel, Sidonienstraße 24
Oel- und Lackfabrik. Telephon 7233.

Befer der Volkszeitung
besieht Euch bei Einkäufen auf die Inserate in Eurer Zeitung.

Genau wie Butter, teuerste Frau Starcken,
Sind Butterkrügers Margarine Marken.



Großes Spezialhaus für feinste Margarine
Krügers Butterhaus G.m.b.H.

Leipzig
Königsplatz 8 | Dresdner Str. 47
Fernruf 18393 | Fernruf 61725
Ein Versuch führt zur dauernden Kundschalt.
Bitte beachten Sie unsere Schaufenster!

Achtung! Billiges Fleisch!
Kein Gefrier-, nur Frischfleisch

Freitag und folgende Tage

frisches Stückenfleisch	4.50	frisches Kalbfleisch	12.00
frisches Rindfleisch	10.00	frisches Wesselfleisch	11.00
frisches Schweinefleisch	22.- 20.-	frisches Hammelfleisch	14-12.00

Strobels Fleischererei
Leipzig-Bo., Torgauer Str. 33
Kirchstraße 8 am Berge.

Geschäfts-Eröffnung.
Sonnabend, den 5. November, eröffne ich in
L.-Lindenu, Gundorf Str. 56, gegen-
über Diakonissenhaus, eine
Rossschlächtere
Empfehle prima fettes Fohlen-
fleisch, la sämtl. Wurstwaren
Wilhelm Flinn
Leipzig-Eutritzsch, Magdalenonstr. 25 und
L.-Lindenu, Gundorf Str. 56 - Tel. 16482

Ba. Rohfleisch Pf. 9.00
sowie diverse Sorten Wurstwaren
in bekannter Güte.
Spezialität: Knoblauchwurst.
Rosschlächtere Wilh. Mahlor
Langs Straße 17.

Geyers
Tel. 61501 und 61407

Billige Lebensmittel
Neu eröffnet
Großschocher, Hauptstraße 82

Wir machen auf unsere alten Preise
aufmerksam. - Ein Besuch lohnt!
Reudnitz, Kapellenstraße 10.
Seltzerhau, Bismarckstraße 41.

Für Feinschmecker!
Stollen
Stück 2.50 und 5.- Mk.
Albert-Keks
aus Weizenmehl, 1/2 Pfd. 5.- Mk.
Schneidia-Semmel
4 Stück 1.- Mk.

Sofort vertilgt unter Garantie samt Brut
und Nissen Kopf-, Kleider- und Hül-
schlechtlich.
Sofort vertilgt unter Garantie samt Brut
und Nissen Kopf-, Kleider- und Hül-
schlechtlich.

Läuse **Kampolda Wanzen**

Verkauf nur Schleierkerl, 12; Gohlis, Neuh. Hall. Str. 57;
Neuerwall, 17; Fochstr. 17; N. Pf. 17; N. Pf. 17; N. Pf. 17;
Georg Bräuner, L.-Mosau, Medauer Straße 22. 1

Neues Theater.

Freitag, den 4. November 1921
280. Vorstellung (2. Folge, 2. Teil)
Tiefenland.
Drama in einem Vorspiel und 2 Akten nach H. Guzman von
Rub. Rothbar. Musik von Eugen d'Alberty.

Altes Theater.

Freitag, den 4. November 1921
Doppelblutmord.
Bauernposse mit Gesang in 4 Akten von Ludwig Angenruber.

Neues Operetten-Theater.

Freitag, den 4. Novbr.: Vorstellung für den Leipziger Männerchor
und Allgemeines Hausbühnenverein Der letzte Weiger.

Leipziger Puppenspiele
Sonnabend, 5. November 1921
5 Uhr: Schneeflocken. 8 Uhr: Lumpasivagabundus.

Gewaschen mit Dixin
Henkel's Seifenpulver
Hersteller: Henkel & Co Düsseldorf.

Leipziger Schauspielhaus.

Freitag, den 4. November 1921
Die Hofe.
Ein bürchliches Lustspiel in 4 Akten von Karl Sternheim.

Kleines Theater.

Freitag, den 4. November, abends 7 1/2 Uhr
Reigen.
Bühnenstücke von Arthur Schnitzler.

Allgem. Arbeiter-Bildungs-Institut

Schauspiel, Serie B, Bezirk Osten Nr. 22501-24000.
28. Vorstellung Altes Theater, Freitag, den 4. November,
abends 7 1/2 Uhr: Doppelblutmord v. Angenruber.

Baltenberg

Varieté. Anfang 8 Uhr
Erstes Gastspiel in Europa
nach 71jähriger Abwesenheit.
Sylvester Schäffer
(Persönliches Auftreten)

Ludwig Amann Mimiker
Lydia Dias Die bestbekannte Tanzsolist-Künstlerin
Bruno Rügen Komiker

Theater. Anfang 8 Uhr
„Ein Weib aus dem Volke“
Gemälde aus dem Volksleben in 5 Aufzügen
von d'Ennery und Mallou.

Krystall-Palast

November 1921.
Täglich abends 7 1/2 Uhr:
Grosser, glänzender
Varieté-Spielplan.

Täglich
Künstler-Konzert
Jeden Dienstag u. Freitag; Wunsch-Abend

KAFFEEHAUS
BLAUE HAND
Ranstädter Steinweg 28, 32

Luna-Lichtspiele
L.-Eutr., Schloßstr.
Freitag bis Montag, 6 und 8 1/2 Uhr:
Die Bettelgräfin vom Kurfürstendamm
mit Lee Parry. Ferner:
Die Tänzerin der Foxtrott-Diele.

Rothenburger Erker Klein-Zschocher
Freitag - Sonnabend - Sonntag
Leipziger Karola-Sänger 6 Pers.
Wegen großen Andranges bitten wir, unser Lokal schon am Freitag zu
besuchen. Um gütigen Zuspruch bitten

KORSO
Bornehmtes Familien-Café am Augustusplatz.
Künstlerkonzert, Leitung: Kapellmstr. B. Kubelit.
Nach dem Theater, Varieté und Vergnügen
trifft man sich im Café Korsio.

Park Meusdorf
Größter Festsaal Deutschlands
Strassenbahn 15. Ab Endstation Omnibuskehr.
Morgen Sonnabend 6.30 Uhr
Sonntag 4.00 Uhr
Das Fest der Blumen
Der grosse Festsaal ein
Chrysanthemen-Garten
Hollandsk 25 Mann
Leitung: Kapellmeister Mossner.

Eröffnungsgymnastik mit Rirmesrummel
in der neuerrichteten
GRANATE
R.-Möckern, Saubestraße 20.
Um freundliche Unterstützung bittet Olga Kalska.
Kleines Vereinszimmer feil.

Terrasse L.-Kleinzschocher
Inhaber H. Dümpel.
Tel. 40884, Straßeb. I u. 8.
Heute, Freitag, ab 7 1/2 Uhr, im
großen Jugendfestsaal BALL
Sonntag ab 5 Uhr: BALL

Olympia-Tanzpalast
Leipzig - Tel. 61246 - Wurzen Straße 77.
Heute Freitag
Ein Ballfest in der Schweiz
Auftreten des berühmten
Tänzerpaares Lisa und Hardy.

Beliebte Uhren-
Reparat.-Anstalt
empfehlen
Ihr großes Lager an
Uhren und Schmuck-
sachen. Reparaturen mit
einem Jahr Garantie.
Hans Noldorf, Tauch, St. 10.

Wo kauft man
einen neuen
Herren-Hut
billig und gut
für 30 Mark?
In der
Leipzig. Hülpreßerei
Ortmannsbergsteintweg 6
Westliche Hof rechts.

50% herabgesetzte
Tapeten
Wachstuche
C. Witz. a 18.- b. 48.-
Taschen, Mappen
Winkelhaken
Bettunterlagen
Bernh. Nestler
Eisenbahnstraße 99
an der Elisabethstraße

Geschäfts-
Druckfachen

Leipziger
Buchdruckerei
Tauchaer Straße 10/21

Drei Linden
Täglich abends 7 1/2 Uhr:
Der grosse Erfolg!
11 Varieté-Sensationen!
Kannl & Lulu aus Honolulu
die ersten echten Hawaiian-Spieler
in Deutschland.
Russ. National-Ballett
Kawkas
Ausserdem
die weiteren Varieté-Attraktionen.
Vorverkauf: Tageskasse 10-2 Uhr (Tel. 43543),
Th. Althoff, Petersstr., Konsumv., Karl-Heine-Str.

Apollo-
Variété
direkt am Bayrischen Bahnhof.
Täglich abends 7 1/2 Uhr
Der
Schlager der Saison!
12 Sensationen 12
Neu für Leipzig!
Orig.-Franklin-Truppe
in ihr Bühnen-Luft-Akt
Franz Radotzky
mit seiner dressierten
Bärentruppe
Zum 1. Male in Leipzig
Dobó-Truppe
Unzsr. Zigeun-Ballett
Alfred Uferini-Comp.
mit neuen Illusionen
Rob. Pohlmann
der beliebte Humorist
Der grosse
Preisfragenfilm
Nobody
in der Hauptrolle:
Sylvester Schäffer
3 Thomas
in ihr. Exzentrik-Szene
Neu für Deutschland!
Les Roses
Skandinav. Exzentriker
2 Reuloms
Dänische Gymnastiker
in ihrem akrobatischen
Sketch „Die Fussballer“
Neu für Deutschland!
Charles Milton
der eleg. Steppflitzer
Neu für Deutschland!
Henriette und Partner
die mysteriöse Kugel
Vorverkauf: Tageskasse, Tel. 11111, 10-2 Uhr.
Warnehaus Th. Althoff, Petersstr.

Lichtspiele

Erstaufführung! Erstaufführung!
Ab heute täglich: Einer der besten Harry-Liedtke-Filme

der mit Bombenerfolg in Berlin, Dresden, Hamburg gezeigte grosse Schlager

Der Schauspieler der Herzogin

5 Akte mit Harry Liedtke — Käte Dorsch 5 Akte

Mysterien des Lebens

Ausserdem: Eine Sitten-Tragödie in 4 Akten nach dem Drama Sühne von Julius Metzner

Beginn: Sonntags 3 Uhr Telephon 4870 Beginn: Wochentags 4 Uhr

Skatspieler finden ab 2 Uhr im Schälfer, Berliner Str. 28.

Zigaretten teils mit Preisdruck 30-60 Pfg. versteuert zu **10, 15 und 30 Pfg.** alles goldgelber Tabak liefert in jeder Menge nur solange Vorrat reicht **Zigaretten-Spezialhaus** Lohzsig, Blücherstr. 11.

Tapeten, Rolle 1.00 an Borte, Meter 5 Pfg. an 100 Briefm. 25.- **Geschäftsansch.** 100 3. v. Wachstuchreste billig.

Tapeten-Körner Eisenstraße 54, Ecke Körnerstr. **Kein Laden!**

Lichtspiele

Zschocher

Telephon 40960 Inhaber: M. Raschko
Ab Freitag bis Montag

Sappho

Der grosse Film in 5 Akten mit **Pola Negri.**

Ferner:
Die Nacht der Einbrecher
Die Geheimnisse des Spleen-Klubs
8 Akte. von Neuyork. 8 Akte.
Einlaß 5 Uhr.

Palast-Theater, L.-Gohlis
Lindenthaler Straße 41.

Ab heute bis Montag

Die Bettlerin von Stambul

Die Königin der Hilma
Liebe, Leidenschaft in 7 bezaubernden Akten.

Joe, der Missetäter **Tante Bella**
Ein Affen-Lustspiel in 2 Akten. **Ein Spiel zum Tot- u. Wiedererlebendialachen in 3 Akten.**

Bratfertige Gänse altbekannte prima Qualität, wie vor dem Kriege, auch ausgeschlachtet, empfiehlt jeden Freitag **Wild-Vorbes, Rühner Str. 86.**

Pa. Pfefferfleisch Pfund 11.-
Pa. Kalbsniere u. -Nieren Pfund 12.-
Pa. frisches Rindfleisch Pfund 10 bis 14.-
Pa. Geirier-Rindfleisch Pfund 9 und 10.-

Albin Strobel, Bernhardtstr. 1
neben Drei Mühren.

Offertiere

Ralbsniere u. Ralbsleber	Pfund	13.-
Ralbsfleisch zu Pfefferfleisch	Pfund	12.-
Pa. frisches Rindfleisch ohne Knochen	Pfund	15.-
Rindfleisch zu Hendladen	Pfund	12.-
Schafes u. frisches Rind	Pfund	12.-
Hint-, Leber- u. Salsenwurst	Pfund	12.-
Rindwurst	Pfund	14.-

Curt Hart, Lindenau, Markt 16.

Achtung!
Verkauf an jedermann
Kein Laden, keine Spesen
Allerbeste reinwollene

Cheviots
für Kleider und Kostüme
blau, 130 cm breit, Mtr. 68
Mantel- u. Ulsterstoffe
140 cm breit, Mtr. 125 Mk.

In Kammergarn-

Cheviots
140 cm br. bl. u. schw. f. Anz.
Mtr. 110, 115, 120, 135-185 Mk.

In blau u. schwarz Melton-

Cheviots
für Anzüge und Kostüme
145 cm breit, Mtr. 48 u. 55
Hauskleiderstoff 18.50

Tuchhaus Cohn
Leipzig, Hardenbergstraße 35.
Billig. Etagegeschäft

Lützner **LE** Straße 19

LINDENAUER LICHTSPIELHAUS

Nur für Erwachsene!
Heute bis mit Montag

Der Monumental-Sitten-Film in 7 Akten

Frauenliebe!

3 Bilder aus dem Frauenleben von Carlo Capello

● Inge ●

Yvonne, die Apachin

Tatjana, die Künstlerin
Hauptrolle: Manja Tzschowa.
Kein Fortsetzungsfilm, alle 3 Teile im heut. Progr.

Außerdem das pikante Lustspiel mit

Hedi Uri und Harry Liedtke

Mausi 3 Akte

Nur zeitiges Kommen sichert gute Plätze.
Sonntag 3 Uhr Jugendvorstellung.

Kammer-Lichtspiele
Windmühlenstraße 7 — Am Königsplatz

Der schönste Film des Jahres!
Heute Freitag: Uraufführung für Sachsen!

Der erste große Monumental- und
Prunkfilm der Saison 21/22.

„Der heilige Haß“

Bearbeitet von Maria Marlon
und Manfred Noa in 2 Teilen.

I. Teil:
**„Die Liebes-Abenteuer des
Maharadscha v. Ralinkohre“**

5 große Akte! **Ein Heer von 5000** **5 große Akte!**

Es gibt eine Fülle orientalischer Erlebnisse, die vollendet in die farbenzählende, von wilden Leidenschaften bewegte Welt des Orients einführen.

In den Hauptrollen:
Hanna Lierke, Tzvetta Tzschowa
Walt. Wolff, Jack Mylong, Ad. Hille.

Ort der Handlung: Eine europäische Hafenstadt — Auf einem Riesen-Ozean-Dampfer auf der Fahrt nach dem Wunderlande — Unter indiens Glutsonne — In den Dschungeln — In den Prunkgemächern des Maharadscha — Der Turm des Schweizers — Im Palast des Nabobs — In den Schreckenhöhlen des unterirdischen Tempels.

Diesem in sich vollständig abgeschlossenen I. Teil folgt in der nächsten Spielwoche anschließend der II (Schluß-) Teil.

Diesem in sich vollständig abgeschlossenen I. Teil folgt in der nächsten Spielwoche anschließend der II. (Schluß-) Teil.

Sie sparen viel Geld wenn Sie Ihren Bedarf bei mir decken. Neue u. getragene **Kleids- u. Wäscheartikel** für Herren, Damen und Kinder, sowie **Möbel aller Art** **spottbillig**

Rohs Lind., Obermann-Str. 4 (Laden). Beacht. Sie bitte m. Schauleniter.

U.T.
L.-Connewitz

Pegauer Straße 12a, am Kreuz
Ab heute! Nur 4 Tage!

Verlängern unmöglich!

Die Bettelgräfin vom Kurfürstendamm

7 Akte **Das Mädchen aus der dunklen Gasse** **7 Akte**
Großstadtbild.
Hauptrolle:
Der Liebling der UT-Besucher
Lee Parry

Außerdem: **Eva u. der schwarze Ritter**
Reizendes Lustspiel in 3 Akten.

Geld lotterie für die **Künstlerhilfe**

Hauptvertrieb:
Invalidendank für Sachsen
Leipzig, Universitätsstr. 4.
Ziehung 14.-21. Nov. 1921

Höchstgewinn im günst. Falle:
100 000 M

Prämie: **70 000**
Hauptgewinne: **30 000**
15 000
10 000
5 000 usw.

kleinster Gewinn 10 Mk.
Lose, je 5 Mk. (Postgeld und Liste 1.40 Mk.) bei den **Staatslotterie-Einnahmen** und den durch Plakate kenntlichen Geschäften.

Leutzscher Lichtspiele

Vater Jahn Lindenauer Str. 34/36 **Vater Jahn**
Freitag, den 4. Novbr. bis Montag, den 7. Novbr.
Erstauff. West! **Die Abenteuer d. schön. Dorette.**
Hauptr. Hella Moja. Ein herrl. Film aus galanter Zeit in 6 Akten. Herzerquickende Szenen von Akt z. Akt.

Jimmy Valentine. Der König der Geldschrankknacker. Ein spannendes Krim.-Drama in 5 Akten.
Ferner: Die beliebten Gochwister Barra, urkomisches modernes Unterhaltungs-Duett.
Sonntag nachmittag 1 und 3 Uhr: Grosse Kindervorstellung.

Achtung! Besondere am Sonnabend Achtung!
Frühes Schweinefleisch Pfund 17.50 Mk.
Rind- und Hammelfleisch Pfund 9.00 Mk.
Bartsch, Liebertwolkwitz.

Was sagt die Presse?

Allg. K. B. Nr. 39:
Nun ist endlich der von der „Bavaria“ hergestellte Großfilm „Der heilige Haß“ zur Vorführung gebracht worden. Freilich vorerst nur der erste Teil, aber schon dieser allein erweist es zur Genüge, daß wir ein gewaltiges, wahrhaft monumentales Werk vor uns haben, wie solches bisher in München noch nicht produziert worden ist. Wir können uns lebhaft vorstellen, daß dieser Film ein hübsches Sümchen verschlungen hat, aber dieses Geld ist gut angewendet und wird ganz bestimmt reichlich eingebracht werden! Es sind in Deutschland nicht viele derartige Filme erschienen. Schon die Grundidee ist vortrefflich! Ein Großfilm von Bedeutung, auf den die Münchener Industrie stolz sein kann. Viel Anerkennung endlich der Darstellung, vor allem der unerschrockenen, todesmutigen Hanna Lierke und der bildschönen Tzvetta Tzschowa, wie den Herren Jack Mylong-Münz, Wolff, Wengz, Hille. Endlich sei noch rühmend der Künstler Pasetti, Völkers und Rochelsberg gedacht, die die prunkvollen Bauten und Innendekorationen besorgt haben.

Verstärktes Orchester. — Jeweilliger Beginn 4, 6, 8 1/4 Uhr.
Da der Zuspruch zu solch ganz vereinzelt dastehendem Filmwerk in den Abendstunden ein recht große ist, haben wir den Einlaß zu den **Nachmittags-Vorstellungen** schon auf 3 1/4 Uhr festgesetzt.